

- Liste 3

Anträge der Fraktionen,  
Anträge Hildener Bürgerinnen und Bürger  
und sonstige Anträge über die noch – **im  
Einzelfall - abgestimmt werden muss.**



# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>010101</b> Dienste für Rat, Ausschüsse und Fraktionen 0101013000 Aufwandsbearbeitung für Fraktionen 549200 Fraktionszuwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> 219.000,00 <b>Amt: 01</b> <b>Ansatz 2010:</b> 221.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 223.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 225.000,00  <b>Antrag Nr. 115</b>														0 219.000		
Änderung Folgejahre																

**Bürgerantrag:**  
Einsparung der Zuschüsse an die Fraktionen für Klausurtagungen. Es bestehen ausreichend Möglichkeiten vor Ort zu tagen (Bürgerhaus, Bürgertreff).

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
Die Gewährung der Zuschüsse für Fraktionen erfolgt aufgrund politischen Beschlusses. Sofern keine pauschalen Zuschüsse gezahlt werden, haben die Teilnehmer unabhängig von der Örtlichkeit einen Anspruch auf ein Sitzungsgeld. Dies könnte unter Umständen mehr Kosten produzieren, als aktuell anfallen.

<b>010104</b> Geschäftsführung für die Beiräte 0101044000 Geschäftsführung/Verwalt. Beirat f. Spätaussie 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 50</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b>  <b>Antrag Nr. 116</b>														0 0		
Änderung Folgejahre																

**Bürgerantrag:**  
Überprüfung der Beiräte in Hilden. Die Aufgaben des Beirats für Spätaussiedler kann auch durch den Integrationsbeirat wahrgenommen werden.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
Eine Zusammenlegung der Beiräte ist aufgrund der unterschiedlichen Zielgruppen, Aufgaben und Interessenslagen nicht durchführbar.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>010201</b> Dienste der Verwaltungsführung und Repräs 0102019010 Vorkostentr.Dienste der Verwaltungsführung u. 543600 Zeitschriften, Fachliteratur, Gesetzesblätter <b>Ansatz 2009:</b> 8.000,00 <b>Amt: 01</b> <b>Ansatz 2010:</b> 8.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 8.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 8.000,00 <b>Antrag Nr. 33</b>										-3.000 5.000						
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderungen

## Antrag der BA-Fraktion:

Die vom Bürgermeister vorgeschlagene Anhebung der Ausgaben für Zeitschriften und Fachliteratur vom Ansatz in 2008 (4.640 €) auf 8.000 € in 2009 ist nicht begründet worden. Der Betrag soll auf 5.000 € begrenzt werden.

## Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Der Ansatz orientiert sich am tatsächlichen Rechnungsergebnis 2008 und setzt sich aus folgenden Aufwendungen zusammen, wobei das Team Bürgermeisterbüro hier als "Dienstleiter" für etliche Bereiche der Verwaltung auftritt. Unmittelbare können folgende Zuordnungen vorgenommen werden:

Dez I : 470,--€, Dez II: 1.100,--€, Dez III: 530,-- €, Dez IV: 300,-- €.

Anzumerken ist aber noch, dass viele Zeitungen, insbesondere die, die dem Dezernat II zugeordnet werden, innerhalb der Verwaltung in "Umlauf" gehen. Eine genauere Aufteilung wird aber nicht vorgenommen. Für alle Dezernate werden 5.600,-- € (davon alleine 3.300,-- € für Tageszeitungen) benötigt.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Seite 4

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>010301</b> Förderung der Gleichstellung von Frauen un 0103019010 Vorkostentr.Förderung d. Gleichstellung v. Frau 543800 Werbung/Öffentlichkeitsarbeit <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: GL</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> <b>Antrag Nr. 01, 34</b>						0 0				-1.000 -1.000						
Änderung Folgejahre siehe Anträge!																

Antrag der dUH-Fraktion: Sperrvermerk für 2010 in Höhe von 2.000,00 €. Freigabe durch H+F nach Vorlage eines Konzeptes und Darlegung für welche Zielgruppe genau die Gesundheitswoche vorgesehen ist. Weitere Ausführungen hierzu sind dem Antrag Nr. 1 zu entnehmen.

Antrag der BA-Fraktion: Die integrationspolitische Notwendigkeit, einen "Internationalen Frauenstammtisch" einzurichten, wird nicht nachvollziehbar begründet. Eine "Frauengesundheitswoche" für 2010 scheint bei einem Budget von 2.000 € eher auf den öffentlichkeitswirksamen Effekt ausgerichtet zu sein. Erst wenn für dieses Projekt ein schlüssiges Konzept vorgelegt und beschlossen worden ist, kann über die Bereitstellung von Finanzmitteln entschieden werden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion: Im Jahr 2010 wird das Fabry-Jahr gefeiert. Das Fabry-Jahr wird abgesehen von allen speziellen Maßnahmen und Veranstaltungen unter das Thema "Gesundheit und Gesundheitsvorsorge" gestellt. In unserer heutigen Gesellschaft gibt es wohl kaum jemanden, der behaupten wird, Gesundheit interessiere ihn nicht. Deshalb hat die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hilden im Fabry-Jahr ab dem 08. März (Weltfrauentag) eine Frauengesundheitswoche geplant. Das Programm (tägliche Vorträge) soll teilweise im Bürgerhaus und teilweise in der Bücherei statt finden. Den Abschluss bildet als Höhepunkt dieser Reihe ein Kabarett zum Thema "Frauen und Gesundheit". Parallel dazu wird es ab dem 28. Februar 2010 im Kunstraum/Gewerbepark-Süd eine Ausstellung von Razeea Lindner zu Marie Colinet geben, begleitet von einem Vortrag "Die Frau hinter dem Mann". Ein Kunstcafe, bei dem in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten auf die Ausstellung, den Internationalen Frauentag und Marie Colinet eingegangen wird, wird während der Laufzeit der Ausstellung durchgeführt. Bei seiner Tätigkeit als Wundarzt wurde Wilhelm Fabry von seiner Ehefrau Marie Colinet tatkräftig unterstützt. Sie selbst war es, die mit einem Magneten einen Metallsplitter aus dem Auge eines Patienten gezogen hat; diese Methode wird auch heute noch in Augenkliniken praktiziert. Aufgrund dessen wurde für 2010 ein Betrag von 2.000,00 € eingeplant.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion: Zum Internationalen Frauentag 2007 fand eine Feier von Frauen für Frauen unter dem Thema: "Buntes aus aller Frauen Länder" statt. Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern hatten ein buntes Programm zusammengestellt. Während dieser Veranstaltung wurde der Wunsch geäußert, regelmäßig ein Treffen von Frauen für Frauen anzubieten. Seit diesem Zeitpunkt treffen sich einmal im Monat 16 Frauen aus 9 Herkunftsländern, um sich gemeinsam auszutauschen. Seit Mitte 2008 beschäftigen sie sich mit der Herkunftsgeschichte einer jeden Frau, um zu zeigen, wie international Hilden ist. Dies wird zurzeit dokumentiert. Diese Ergebnisse werden in einer Ausstellung für den Internationalen Frauentag 2009 gezeigt. Zukünftige Themen sind "Austausch und Informationen über Religionen" und "Kulturangebote". Durch diesen Internationalen Frauentreff ist das Verständnis füreinander wesentlich gestärkt worden. Aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten ist die Weiterführung dieses Internationalen Frauentreffs auch aus Sicht des Integrationsgedankens unbedingt notwendig. Zur Frauengesundheitswoche wurde bereits zum Änderungsantrag der dUH Stellung genommen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>010601</b> Dienstleistungen für die Verwaltung/Haupta 0106019010 Vorkostentr.Angelbot v. zentr. Dienstleistungen f  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 10</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> <b>Antrag Nr. 36</b>										0 0						
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Kennzahl für "Preis pro Bindung" zu erläutern. Die Kennzahlen der Druckerei weisen aus, dass der Preis pro Bindung von 6,32 € in 2008 auf nur noch 1,41 € in 2009 sinken soll, obwohl der Leistungsumfang mindestens gleich geblieben ist. - Wir bitten um Erläuterung dieses kleinen Wunders...

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Bis 2008 wurden die Bindungen manuell vorgenommen. Die Bindungen mussten in mehreren Arbeitsschritten (Steckheftung, Kleben des Rückens und Anbringung des Bindestreifens) erfolgen. Durch den Einsatz der in 2008 beschafften Bindemaschine wird die Dauer pro Bindung erheblich sinken, wobei qualitativ ein erheblich besseres Ergebnis erzielt wird. Durch die kürzere Zeit, die für Bindungen benötigt wird, sinken die zugeordneten Personalanteile und -kosten und dadurch auch der Verrechnungspreis.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>010604</b> Angebot von zentralen technischen Dienstlei 0106049010 Vorkostentr. Angebot von zentralen technische 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 68</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> <b>Antrag Nr. 02</b>						0										
						0										
						-										
	Dafür:		Dafür:		Dafür:	19	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:	-	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

### Antrag der dUH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Sitzungsvorlage darzustellen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Aufwandsdeckungsgrad im genannten Produkt merklich zu steigern. Gleichzeitig sollte dargestellt werden, ob es auf diesem Gebiet Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Städten oder dem Kreis Mettmann gibt. Weitere Ausführungen sind dem Antrag Nr. 2 zu entnehmen.

### Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Die in diesem Produkt zusammengefassten Dienstleistungen werden für andere Produkte/Ämter oder auch Dritte erbracht. Grundsätzlich ist vorgesehen, die erbrachten Leistungen über Interne Leistungsverrechnungen (ILV) den Produkten zuzuordnen. Insofern spiegelt der Prozentsatz der Aufwandsdeckung nur den bisher erreichten Stand der Internen Leistungsverrechnung wieder. Die internkommunale Zusammenarbeit ist ein Dauerthema und bezieht sich nicht nur auf diese Produkt. Die Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann wurde mangels Schnittstellen für Hilden negiert. Zur Zeit laufen erste Sondierungen mit einer Nachbarstadt über eine Kooperation in der Abfallbeseitigung. Sobald die Gespräche ein konkreteres Stadium erreichen sollten, wird die Verwaltung berichten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>010604</b> Angebot von zentralen technischen Dienstlei 0106049030 Vorkostentr. Grünunterhaltung 521156 Unterhaltung der Park-, Sport- und Spielanlage <b>Ansatz 2009:</b> 104.000,00 <b>Amt: 68</b> <b>Ansatz 2010:</b> 104.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 104.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 104.000,00 <b>Antrag Nr. 38</b>										2.000 106.000						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	2	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	17	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	-	Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2010: +5.000,00 €; 2011: +8.000,00 €; 2012: +10.000,00 €

## Antrag der BA-Fraktion:

Bei der „Unterhaltung der Park, Sport- und Spielanlagen“ will die Verwaltung den Ansatz in 2009 zwar anheben, aber bis 2012 bei 104.000 € einfrieren. Die Aufwendungen sollten mindestens in Höhe des prognostizierten Zuwachses des Haushaltsvolumens steigen, um die volle Handlungsfähigkeit des Bauhofs zu gewährleisten.

## Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Vom Fachamt wurde im Rahmen der Mittelanmeldung ein Ansatz von 114.000,00 € angemeldet. Dieser Ansatz ist bis zum Jahr 2012 durchgehend angesetzt. Im Jahr 2009 ist nochmals ein verstärkter Austausch von Fallschutz geplant. Dieser nimmt jedoch in den nächsten Jahren zunächst ab, so dass durch den gleichbleibenden Ansatz eine Erhöhung anderer Kosten aufgefangen werden kann.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>010604</b> Angebot von zentralen technischen Dienstlei 0106049070 Vorkostentr. Kfz-Unterhaltung 525110 Aufwendungen für Treibstoffe  <b>Ansatz 2009:</b> 125.000,00 <b>Amt: 68</b> <b>Ansatz 2010:</b> 125.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 125.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 125.000,00  <b>Antrag Nr. 37</b>										0 125.000						
		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:
		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:
		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:

Änderung Folgejahre

## Antrag der BA-Fraktion:

Die Stadtverwaltung rechnet bei Treibstoffen von 2009 bis 2012 offensichtlich nicht mit Preiserhöhungen, denn der Ansatz soll mit 125.000 € gleichbleiben. Worauf gründet die Stadtverwaltung diese Erwartung? Die Stadtverwaltung wird gebeten, ihren Ansatz und ihre Planansätze der Aufwendungen für Treibstoffe zu begründen.

## Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Im Produkt 010604 wurden Treibstoffkosten für 2009 zunächst in Höhe von 135.000 € geplant. Auch in der Planung 2010 bis 2012 wurde jeweils mit einer Steigerung von 3% gerechnet. Somit ergaben sich aus der Mittelanmeldung (Sommer 2008) folgende Ansätze:

2009 = 135.000 € - 2010 = 139.050 € - 2011 = 143.222 € - 2012 = 147.519 €

Danach ergab sich bekanntlich die Situation, dass die Treibstoffpreise wieder fielen. Letztlich wurde der Ansatz ab 2009 dann auf 125.000 € festgelegt. Die Entwicklung bleibt abzuwarten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011301</b> Gebäudeunterhaltung 0113010010 Unterhaltung von Gebäuden 521140 Aufwendungen für Abbruch <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 26</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 113</b>														225.000 225.000		225.000 225.000
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderungen																

**Bürgerantrag:**  
 Der Altbau auf dem Hintergelände "Gerresheimer Str. 20" soll schnellstens abgerissen werden. Das Areal sollte so aufgeteilt werden, daß zusätzlicher Parkraum entsteht und ein anderer Teil für Wohnraumbauung zur Verfügung steht. Dies wäre eine Entlastung für den Haushalt (Verkaufserlös) und eine Verbesserung der Parksituation. Im Bauleitplanverfahren sollte eine großzügige Durchgrünung erfolgen.

Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag und eigener Sache:  
 Abbrisskosten für das Gebäude auf dem Hintergelände Gerresheimer Str. 20. In der Sitzung des Rates der Stadt Hilden vom 28.01.2009 wurde mit SV-Nr.: 61/263 beschlossen das Gebäude abzureißen und Stellplatz- und Grünflächen zu erstellen. Die Verwendung eines Teils des Grundstücks für Wohnbauung ist nur nach Änderung des Ratsbeschluss möglich.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011301</b> Gebäudeunterhaltung 0113010010 Unterhaltung von Gebäuden 571111 Außerpl.Abschr.a. Geb.,Aufb./Betriebsv. <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 26</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00 Antrag Nr.																157.950 157.950
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: Keine Änderungen																

## Hinweis der Verwaltung:

In der Sitzung des Rates der Stadt Hilden vom 28.01.2009 wurde mit SV-Nr.: 61/263 beschlossen, dass Gebäude abzureißen und Stellplatz- und Grünflächen zu erstellen. Für die künftige Nutzung ist ein geringerer Bodenwert in der Anlagenbuchhaltung einzubuchen. Die Differenz führt zu einer Sonderabschreibung in genannter Höhe.

<b>011302</b> Bewirtschaftung 0113020020 Hausmeister-/Winterdienste 501200 Vergütungen der tariflich Beschäftigten <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 26</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> Antrag Nr. <b>102</b>																0 0
Änderung Folgejahre																

## Bürgerantrag:

Aufbau eines Hausmeister-Pools der Stadt (schnelle Eingreifgruppe der Stadt, die vor Ort auch kleine Gebäudeschäden bzw. Reparaturen beheben kann), wenn noch nicht geschehen.

## Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:

Die Einführung eines Hausmeisterpools wäre nur nach Überarbeitung aller Arbeitsverträge durchführbar. Darüber hinaus müsste jeder Hausmeister mit allen Objekten vertraut sein. Bisher sind die Hausmeister konkreten Objekten (in der Regel 1 bis 2) zugeordnet. In kleinen Gruppen von 5 Mann ist eine Vertretungsregelung geschaffen worden, so dass im Bedarfsfall auch Ersatz und Unterstützung gewährleistet ist.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011302</b> Bewirtschaftung 0113020050 Energiemanagement 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012:  <b>Antrag Nr. 29, 80, 140</b>		0 0										0 0		0 0		
<b>Amt: 26</b>	Dafür:	<b>ohne</b>	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	<b>ohne</b>	Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:	<b>Abst.</b>	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	<b>Abst.</b>	Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:	<b>H+F</b>	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	<b>H+F</b>	Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste und vorbereitende Planungen für energetische Verbesserungen an städtischen Gebäuden zu erstellen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, nach dem der Energieverbrauch städtischer Gebäude innerhalb der nächsten 2 Jahre um 10 % gesenkt wird. Dabei sind sowohl investive als auch Weiterbildungsmaßnahmen von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum sparsamen Energieverbrauch zu berücksichtigen. Die Kommunen müssen ihrer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht werden. Die schrittweise Reduzierung des Energieverbrauchs öffentlicher Gebäude ist ein wichtiger Beitrag dazu und hat außerdem Signalwirkung für die Bürgerinnen und Bürger.

Bürgerantrag:

In allen öffentlichen Gebäuden sollen Energiesparprojekte gestartet werden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen und dem Bürgerantrag:

Inhaltlich folgt dieser Haushaltsantrag dem in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 18.11.08 gestellten Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Erstellung eines Energieberichts. Dieser Antrag wird über die Sitzungsvorlage 26/102 im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss am 09.02.2009 zur Beratung gestellt.

Selbstverständlich ist auch die Entwicklung eines Energiesparkonzeptes mit anschließender Umsetzung von baulichen/energetischen Maßnahmen mit personellen Folgen verbunden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion:

Das sog. Konjunkturpaket II wurde durch den Koalitionsausschuss der Regierungsfaktionen am 13.01.2009 beschlossen. Danach will der Bund Länder und Kommunen mit einem Investitionsprogramm von 10 Mrd. Euro unterstützen. Ein Schwerpunkt der geplanten Maßnahmen soll auf der Verringerung der CO2-Emissionen und der Steigerung der Energieeffizienz liegen. Allerdings sind derzeit (23.01.09) weder eine entsprechende Gesetzeslage noch eine (vorgesehene) Vereinbarung mit den Ländern vorhanden, wie die zusätzlichen Mittel einzusetzen sind. Sobald hier konkretere Informationen vorliegen, wird die Verwaltung für förderfähige Maßnahmen an städt. Gebäuden entsprechende Projektanträge stellen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011302</b> Bewirtschaftung 0113020050 Energiemanagement 520250 Strom  <b>Ansatz 2009:</b> 588.650,00 <b>Amt: 26</b> <b>Ansatz 2010:</b> 618.083,00 <b>Ansatz 2011:</b> 648.987,00 <b>Ansatz 2012:</b> 681.436,00  <b>Antrag Nr. 81</b>												8.000 596.650				

Änderung Folgejahre 2010: +12.000,00 €; 2011: +16.000,00 €; 2012: 20.000,00 €

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**  
 Die Stadt bezieht ab April 2009 zu 20% von den Stadtwerken Ökostrom. Dieser Anteil erhöht sich ab 2010 um weitere 10% jährlich. Sollten die Stadtwerke bis dahin nicht in der Lage sein "echten Ökostrom" zu liefern, so ist der Strom bei anderen Anbietern einzukaufen. Es muss garantiert sein, dass Mehreinnahmen seitens des Anbieters in Neuanlagen zur Produktion von Ökostrom investiert wird.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**  
 Der Bezug von Ökostrom war bereits Gegenstand von Beratungen in der Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses vom 22.10.2008. Dabei wurde die Verwaltung gebeten, weitere Gespräche über den Bezug von Ökostrom mit der Stadtwerke Hilden GmbH zu führen. Dies ist zwischenzeitlich geschehen. Hinsichtlich der Gesprächsergebnisse und einer Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise wird auf die Sitzungsvorlage 26/101 verwiesen, die in der Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses am 09.02.2009 zur Beratung ansteht.  
 Nur der reinen Ordnung halber sei darauf hingewiesen, dass auch in Produkten des Amtes 66 Kosten für Strom ausgewiesen sind. Wenn also auch hier Ökostrom beschafft werden soll, dürfte wohl der im Antrag ausgewiesene Erhöhungsansatz nicht ausreichend sein. In den betroffenen Produkten müßte dann zusätzlich Geld eingeplant werden.

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011501</b> Paten- und Partnerschaften 0115010030 Patenschaft mit der Stadt Wohrlau 5 Aufwendungen <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 01</b> <b>Ansatz 2010:</b> 7.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> 7.000,00 <b>Antrag Nr. 44</b>										0 0						
		Dafür: Dagegen: Enth.:	1 8 -	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:							

Änderung Folgejahre 2010: -7.000,00 €; 2012: -7.000,00 €

**Antrag der BA-Fraktion:**

Das Aufwendungen werden jeweils um den Betrag gekürzt, der in 2010 und 2012 für das "Wohlauer Heimattreffen" veranschlagt worden ist. Die stark gesunkene und weiterhin sinkende Zahl der Teilnehmer/innen rechtfertigt den finanziellen und organisatorischen Aufwand für diese Veranstaltungen nicht mehr.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:**

Bereits zu den Haushaltsplanberatungen 2008 beantragte die dUH Fraktion, das Wohlauer Heimattreffen letztmalig durchzuführen. In anbetracht der tatsächlichen Anmeldezahlen zum Heimattreffen über Pfingsten wurde im Ältestenrat beschlossen mit den Teilnehmern des Treffens über alternative Veranstaltungsmöglichkeiten, z.B. Verlegung der Treffen in die Räumlichkeiten des Museums "Haus Schlesien". Diese Gespräche fanden bei den Wohrlauern großen Anklang, so dass entsprechend Räumlichkeiten im Museum "Haus Schlesien" über Pfingsten 2010 reserviert wurden.

In der Sitzung des Paten- und Partnerschaftsausschusses wurde der Antrag der BA dahingehend modifiziert, daß nur der Betrag für 2012 gestrichen werden soll, da für 2010 bereits Verpflichtungen vorliegen. Das Ergebnis der Abstimmung hierüber ist oben zu entnehmen.

Es wurde durch die SPD-Fraktion ein weiterer Antrag eingereicht, mit dem Ziel, dass die Verwaltung nach dem Treffen 2010 einen Erfahrungsbericht vorlegt, damit der Ausschuss dann über den weiteren Fortgang entscheiden kann. Finanzielle Verpflichtungen über 2010 hinaus dürfen nicht eingegangen werden. Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8; Dagegen: 0; Enthaltungen: 1.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011501</b> Paten- und Partnerschaften 0115019010 Vorkostentr. Paten- und Partnerschaften 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 01</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012:  <b>Antrag Nr. 114</b>														0 0		
Änderung Folgejahre																

**Bürgerantrag:**  
 Überprüfung und Reduzierung von Paten- und Partnerschaften. Im Rahmen der EU-Kontakte sind hier Einsparungen möglich.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Eine Reduzierung oder Aufgabe der Patenschaften würde natürlich zu Einsparungen führen. Die Äusserung hinsichtlich der EU-Kontakte des Verfassers sind allerdings nicht nachvollziehbar bzw. verständlich. Bei Zuschüssen im Rahmen der Städtepartnerschaften wird darauf geachtet, dass die Gelder nur zur Deckung von Projekten dienen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>020702</b> Überwachung des ruhenden Verkehrs 0207020020 Bußgelder und Halterhaftungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 32</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: <b>Antrag Nr. 46</b>										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Überwachung des ruhenden Verkehrs“ ist der Aufwand für pro Bußgeld/Halterhaftung zwischen 2007 und 2009 um 28,5% gestiegen: von 9,64 € auf 12,39 €? – Wir bitten um Erläuterung.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Steigerung resultiert zu einem geringeren Anteil aus tariflich bedingten Personalkostensteigerungen, aber im Wesentlichen aus den seit 2008 deutlich gestiegenen Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Steuerungsumlage, Miete und EDV).

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>020702</b> Überwachung des ruhenden Verkehrs 0207020040 Leerung Parkautomaten  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 32</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: <b>Antrag Nr. 45</b>										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Überwachung des ruhenden Verkehrs“ ist der Aufwand für pro Leerung eines Parkscheinautomats zwischen 2007 und 2009 stark gestiegen: von 23,23 € auf 35,47 € (+ 53,6%)? – Wir bitten um Erläuterung.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Steigerung resultiert aus einer ab dem Jahr 2008 erfolgten Produktzuordnung des Parkplatzes "Am Kronengarten/Ecke Kirchhofstraße". Hierfür sind jährlich 15.400 € an den privaten Grundstückseigentümer zu entrichten. Die Zuordnung erfolgte, da sich auf diesem Parkplatz ebenfalls Parkscheinautomaten befinden, somit auf der einen Seite Gebühren als Erträge vereinnahmt werden, aber neben den Aufwendungen für die Entleerung der Parkscheinautomaten auch das Nutzungsentgelt als ordentlicher Aufwand vorliegt.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>020702</b> Überwachung des ruhenden Verkehrs 0207020040 Leerung Parkautomaten 433300 Parkentgelte  <b>Ansatz 2009:</b> 360.000,00 <b>Amt: 32</b> <b>Ansatz 2010:</b> 360.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 360.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 360.000,00  <b>Antrag Nr. 110</b>														0 360.000		
Änderung Folgejahre																

**Bürgerantrag:**  
 Das Parken in der Innenstadt sollte in der 1. Stunde frei sein.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Dieser Vorschlag wurde bereits mehrfach diskutiert und bisher regelmäßig vom Rat aufgrund der negativen Auswirkungen abgelehnt. Untersuchungen der IHK und anderer Institutionen haben ergeben, dass die Verweildauer in Hilden bei durchschnittlich mehr als 1,5 Stunden liegt. Bei einem Verzicht der Parkgebühren für die erste Stunde muss dann mit einem vermehrten Auftreten von 59-Minuten-Besuchern gerechnet werden, was nicht im Interesse der Stadt sein kann.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>020702</b> Überwachung des ruhenden Verkehrs 0207020040 Leerung Parkautomaten 433300 Parkentgelte  <b>Ansatz 2009:</b> 360.000,00 <b>Amt: 32</b> <b>Ansatz 2010:</b> 360.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 360.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 360.000,00  <b>Antrag Nr. 125</b>														-10.000 350.000		
Änderung Folgejahre																

Bürgerantrag:  
 Parkautomaten erst ab 9.00 Uhr für Parkgebühren programmieren. (Kostenpflicht erst ab 9.00 Uhr)

Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:  
 Der Vorschlag würde eine Änderung der Gebührenordnung für Parkgebühren erforderlich machen. Die Einnahmeverluste bewegen sich bei ca. 5.000 € bis 10.000 €. Evtl. Vorteile dieses Vorschlages werden nicht gesehen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>021601</b> Maßnahmen zur Gefahrenvorbeugung 0216010020 Brandsicherheit (-schauen, Beratung, Informati  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 37</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> <b>Antrag Nr. 47</b>										0 0						
Änderung Folgejahre																

**Antrag der BA-Fraktion:**

Beim Produkt „Maßnahmen der Gefahrenvorbeugung“ ist der Aufwand pro Brandschutzaufklärung zwischen 2007 und 2009 um 61,6% gestiegen auf 264,31 €. Die Teilnehmerzahl im gleichen Zeitraum ist von 1.448 auf geschätzte 800 an Brandschutzerziehung-/aufklärung zurückgegangen. Die für Brandschutzaufklärung aufgewendeten Stunden gehen von 77,5 in 2007 auf 60 in 2009 zurück. Wir bitten um Erläuterung.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:**

bei der Berechnung des Aufwandes für die Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung handelt es sich um Personal- und Sachkosten, die anhand der Teilnehmer und geleisteten Stunden berechnet werden. Die hohe Teilnehmerzahl im Jahre 2007 ist darauf zurückzuführen, dass in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt alle Hildener Schulen an der Präventivmaßnahme "Jugendliche im Internet" des Jugendamtes und Brandschutzaufklärung seitens der Feuerwehr eingeladen wurden. Hierzu wurden 4 Veranstaltungen mit jeweils 200 Teilnehmern durchgeführt. Diese Maßnahme wurde im Jahre 2008 nicht durchgeführt und wird voraussichtlich im Jahre 2009 ebenfalls nicht stattfinden. Des Weiteren ist durch den Rückgang der Schülerzahlen, Änderung des Schulgesetzes und damit verbundenen Straffung des Lehrplanes der Freiraum der Schulen für die Möglichkeit der Brandschutzaufklärung eingeschränkt worden. Durch gesetzliche Änderungen z.B. in der Verkaufsstätten Verordnung müssen einige Hildener Betriebe eigene Brandschutzbeauftragte vorweisen. Diese führen die erforderlichen Brandschutzaufklärungen eigenständig durch. So wurde z.B. für die Verkaufsstätte OBI im Jahre 2007 diese noch durch die Feuerwehr Hilden durchgeführt. Im Jahre 2008 wurde dieses vom Brandschutzbeauftragten der Handelskette übernommen. Um den gemäß des § 8 des Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) der Stadt Hilden übertragenen Pflichtaufgabe nachzukommen, wird seitens der Feuerwehr angestrebt, in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt innerhalb der Städtischen Freizeiteinrichtungen entsprechende Brandschutzaufklärung anzubieten. Hierzu sollen innerhalb des 1. Quartals 2009 Gespräche mit dem Jugendamt stattfinden.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Seite 20

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>030101</b> Grundschulen 0301019010 Vorkostentr. Grundschulen 501200 Vergütungen der tariflich Beschäftigten  <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 83</b>												15.000 15.000				
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: +30.000,00 €																

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 wird in Hilden Schulsozialarbeit als wichtige Präventivmaßnahme der Kinderförderung an Grundschulen eingeführt. Im ersten Schritt wird für die Grundschulen im Hildener Norden 1/2 Stelle eingerichtet. Sukzessive sollen die anderen Stadtteile folgen. Die Arbeit soll eng mit der bestehenden Stadtteilarbeit vernetzt werden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Zum Schuljahr 2003/2004 wurden in NRW 250 Schulsozialarbeiterstellen an Hauptschulen eingerichtet. Nach einer Befristung dieser Stellen auf drei Jahre wurden sie in unbefristete Stellen umgewandelt. Sowohl an der Albert-Schweitzer-Hauptschule als auch an der Theodor-Heuss-Hauptschule wurde jeweils eine Teilzeitstelle (0,5 Stelle) eingerichtet. Die Schulsozialarbeiterstellen waren zunächst beim Schulamt Mettmann angesiedelt, mit Änderung der Zuständigkeit nunmehr bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Es besteht eine schulische Trägerschaft - bei den Stelleninhabern handelt es sich nicht um städt. Bedienstete. Die 0,5 Schulsozialarbeiterstelle an der Albert-Schweitzer-Hauptschule soll mit Beginn des kommenden Schuljahres (nach Auflösung der Schule) an die Theodor-Heuss-Hauptschule verlagert, sodass diese Schule dann über eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeiter verfügt. Durch den Runderlass "Beschäftigung von Fachkräften der Schulsozialarbeit in NRW" vom 23.01.2008 ermöglicht das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW es erstmals allen Schulformen (Grundschulen, Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Berufskollegs) Schulsozialarbeiterstellen einzurichten. Allerdings ist hierfür die Umwandlung einer Lehrerstelle erforderlich und ein abgestimmtes, sozialräumlich orientiertes Handlungskonzept mit der örtlichen Jugendhilfe muss vorgelegt werden. Der Erlass sieht u.a. folgendes Aufgabenprofil vor: Mitwirkung bei der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule, Unterstützung der Schule bei Planung und Durchführung von den Unterricht ergänzenden schulischen Angeboten (Freizeit, Förderprogramme, Projekte), Verantwortung für (auch präventive) sozialpädagogische Hilfen. Die übrigen Schulen in Hilden haben bislang von der Möglichkeit, Sozialarbeiterstellen bei gleichzeitiger Umwandlung von Lehrerstellen einzurichten, keinen Gebrauch gemacht.

Nach den Beratungen im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen ersetzt durch den Antrag die Verwaltung zu beauftragen mit den Schulen die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen unter Berücksichtigung des entsprechenden Runderlasses zu prüfen und das Ergebnis einschließlich der finanziellen Auswirkungen in der nächsten Sitzung des Fachausschusses vorzustellen. Abstimmungsergebnis: einstimmig  
 Das Beratungsergebnis im Personalausschuss war ebenfalls einstimmig.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Seite 21

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>030106</b> Förderschule 0301069010 Vorkostentr. Förderschulen 501200 Vergütungen der tariflich Beschäftigten <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 84</b>												15.000 15.000				
												<b>siehe unten</b>				

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: +30.000,00 €

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

An der Ferdinand-Lieven-Schule wird ab dem Schuljahr 2009/2010 eine Fachkraft für Schulsozialarbeit (1/2 Stelle) eingestellt. Die Schülerinnen und Schüler sollen in ihrer oft schwierigen Lebenssituation in Zusammenarbeit mit Schule, Eltern und weiteren Einrichtungen kontinuierlich unterstützt und gefördert werden mit dem Ziel ihre Lebensperspektive zu verbessern.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zum Schuljahr 2003/2004 wurden in NRW 250 Schulsozialarbeiterstellen an Hauptschulen eingerichtet. Nach einer Befristung dieser Stellen auf drei Jahre wurden sie in unbefristete Stellen umgewandelt. Sowohl an der Albert-Schweitzer-Hauptschule als auch an der Theodor-Heuss-Hauptschule wurde jeweils eine Teilzeitstelle (0,5 Stelle) eingerichtet. Die Schulsozialarbeiterstellen waren zunächst beim Schulamt Mettmann angesiedelt, mit Änderung der Zuständigkeit nunmehr bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Es besteht eine schulische Trägerschaft - bei den Stelleninhabern handelt es sich nicht um städt. Bedienstete. Die 0,5 Schulsozialarbeiterstelle an der Albert-Schweitzer-Hauptschule soll mit Beginn des kommenden Schuljahres (nach Auflösung der Schule) an die Theodor-Heuss-Hauptschule verlagert, so dass diese Schule dann über eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeiter verfügt. Durch den Runderlass "Beschäftigung von Fachkräften der Schulsozialarbeit in NRW" vom 23.01.2008 ermöglicht das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW es erstmals allen Schulformen (Grundschulen, Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Berufskollegs) Schulsozialarbeiterstellen einzurichten. Allerdings ist hierfür die Umwandlung einer Lehrerstelle erforderlich und ein abgestimmtes, sozialräumlich orientiertes Handlungskonzept mit der örtlichen Jugendhilfe muss vorgelegt werden. Der Erlass sieht u.a. folgendes Aufgabenprofil vor: Mitwirkung bei der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule, Unterstützung der Schule bei Planung und Durchführung von den Unterricht ergänzenden schulischen Angeboten (Freizeit, Förderprogramme, Projekte), Verantwortung für (auch präventive) sozialpädagogische Hilfen. Die übrigen Schulen in Hilden haben bislang von der Möglichkeit, Sozialarbeiterstellen bei gleichzeitiger Umwandlung von Lehrerstellen einzurichten, keinen Gebrauch gemacht. Die Landesregierung NRW verfolgt insbesondere für Förderschulen das Ziel, durch Beschäftigung von Personen anderer Fachrichtungen neue Impulse zu setzen. Durch die Umwandlung von Lehrerstellen soll die Möglichkeit geschaffen werden, insbesondere Handwerker im Bereich der Förderschulen einzusetzen, um dadurch vermehrt handwerkliche Unterrichtsinhalte zu vermitteln.

Nach den Beratungen im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen ersetzt durch den Antrag die Verwaltung zu beauftragen mit den Schulen die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen unter Berücksichtigung des entsprechenden Runderlasses zu prüfen und das Ergebnis einschließlich der finanziellen Auswirkungen in der nächsten Sitzung des Fachausschusses vorzustellen. Abstimmungsergebnis: einstimmig

Das Beratungsergebnis im Personalausschuss war ebenfalls einstimmig.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>030210</b> Bildungs- und Betreuungsangebote 0302100040 Angebote OGATA 433110 Elternbeiträge  <b>Ansatz 2009:</b> 290.000,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 290.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 290.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 290.000,00  <b>Antrag Nr. 27</b>		-31.500 258.500														
		Dafür: 6 Dagegen: 7 Enth.: -		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

**Antrag der CDU-Fraktion:**

Die CDU Fraktion beantragt, in Fortentwicklung ihrer bisherigen Bestrebungen, in Hilden eine funktionierende Betreuungs- und Bildungslandschaft zu schaffen, die Beiträge für den Besuch einer Kindertagesstätte und der offenen Ganztagschule ab 2009 in allen Einkommensstufen und Betreuungszeiten um 10 % zu senken. Dies führt zu Mindereinnahmen im Ergebnishaushalt in den Bereichen 060101 und 030210. Weitere Ausführungen sind der Anlage des Antrages Nr. 27 zu entnehmen.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion:**

Zuletzt erfolgte im Sommer 2008 auf der Grundlage des Kinderbildungsgesetzes eine Anpassung der Elternbeiträge. (s. SV 51/329 vom 06.06.2008). Im Rahmen dieser Modifizierung erfolgte eine Erhöhung der ersten Stufe und somit der Beitragsfreigrenze von 12.271 € auf 17.500 €. Somit wurden Geringverdiener befreit und den finanzschwachen Familien in unserer Gemeinde der Zugang zu Betreuungsangeboten erleichtert. Auch Besserverdienende wurden durch zusätzliche Beitragsstufen begünstigt. Die Befreiung für Geschwisterkinder besteht nach wie vor.

Nach Ansicht der Verwaltung ist die aktuelle Beitragsregelung sozial ausgewogen und gerecht. Der Einnahmeverlust im Bereich der Bildungs- und Betreuungsangebote in Grundschulen würde ca. bei 31.500,- € liegen.

Im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wurde der Antrag der CDU-Fraktion erweitert, dass ab dem Jahre 2009 eine Beitragssenkung um 10 % vorgenommen werden soll.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040103</b> Kulturelle Veranstaltungen 0401030100 Planung/Durchführung städt. Kulturveranstaltun 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 41</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 85</b>												9.000				
												9.000				
												6				
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	7	Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	0	Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: +9.000,00 €

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Außerhalb des Hildener Sommers werden auf dem Alten Markt, im Stadtpark oder an anderen geeigneten Orten sechs weitere kostenfreie Kulturangebote für Erwachsene und Kinder durchgeführt. Ein kulturelles Angebot im öffentlichen Raum, macht eine Stadt attraktiv, fördert das Interesse für Kultur und ermöglicht auch Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am kulturellen Leben.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Erweiterung des Hildener Sommers um sechs weitere eintrittsfreie Veranstaltungen für Erwachsene und Kinder bedeutet ca. eine Verdoppelung der Open-air Aktivitäten innerhalb des Hildener Kultursommers. Mit den zusätzlich beantragten 9.000,-€ ist die Realisierung der 6 zusätzlichen Veranstaltungen möglich. Dies würde zu einer weiteren Steigerung der Attraktivität dieser Veranstaltungsfolge während der Ferienzeit und zwischen den Theaterspielzeiten führen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040103</b> Kulturelle Veranstaltungen 0401030200 Hildener Sommer 5 Aufwendungen <b>Ansatz 2009:</b> 16.200,00 <b>Amt: 41</b> <b>Ansatz 2010:</b> 16.200,00 <b>Ansatz 2011:</b> 16.200,00 <b>Ansatz 2012:</b> 16.200,00 <b>Antrag Nr. 123</b>														-16.200 0		
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: -16.200,00 €																

**Bürgerantrag:**  
 Die Kosten für den Hildener Sommer ganz streichen und dafür Hildener Vereine, Gruppen und Organisationen die Gestaltung übernehmen lassen. So könnte evtl. noch mehr gezeigt werden als bisher.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Beiträge von Hildener kulturpflegenden Vereinen bildeten bereits in den zurückliegenden Jahren Projektbausteine des Hildener Sommers. Insbesondere bei der Auftaktveranstaltung, dem Finale und der Veranstaltung "Hilden singt und klingt" wurden die Vereine einbezogen.



# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040103</b> Kulturelle Veranstaltungen 0401039010 Vorkostentr. Kulturelle Veranstaltungen 433200 Entgelte Theater/Konzertabonnements <b>Ansatz 2009:</b> 61.500,00 <b>Amt: 41</b> <b>Ansatz 2010:</b> 61.500,00 <b>Ansatz 2011:</b> 61.500,00 <b>Ansatz 2012:</b> 61.500,00 <b>Antrag Nr. 06, 48</b>						23.500 85.000				0 61.500						
						Dafür: Dagegen: Enth.:				Dafür: Dagegen: Enth.:						Dafür: Dagegen: Enth.:
						<b>siehe unten</b>				<b>erledigt</b>						

Änderung Folgejahre

### Antrag der dUH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Sitzungsvorlage darzustellen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Aufwandsdeckungsgrad im genannten Produkt merklich zu steigern. Es ist nicht nachvollziehbar, warum seit 2007 die Besucherzahlen um fast 28 % gesunken sind. Dies gilt es zu untersuchen und im ersten Schritt sind jährlich die Erträge auf 85.000,00 € zu verbessern. Weitere Ausführungen sind dem Antrag Nr. 6 zu entnehmen.

### Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Kulturelle Veranstaltungen“ rechnet die Stadt mit einem Rückgang der Veranstaltungsbesucher von 20.335 in 2007 und 2008 auf nur noch 14.700 in 2009. – Die Anzahl der Kulturveranstaltungen bleibt aber gleich. Die Veranstaltungstage sollen gegenüber 2008 sogar noch um vier wachsen. Die Stadtverwaltung wird gebeten, den von ihr prognostizierten starken Rückgang bei der Besucherzahl der Kulturveranstaltungen um fast 1/3 zu erläutern.

### Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH- und BA-Fraktion:

Siehe angehängte Stellungnahme zu Antrag Nr. 06 und 48.

### Beschluss im Kulturausschuss zum Antrag der dUH-Fraktion:

Der Antrag wurde geteilt. 1.) Die Verwaltung wurde beauftragt darzustellen, wie der Aufwanddeckungsgrad in diesem Produkt verbessert werden kann. Der Beschluss hierzu war einstimmig dafür. 2.) Die Erträge werden wie oben dargestellt auf 85.000 € angehoben. Der Beschluss hierzu war einstimmig dagegen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040501</b> Betreiben einer städt. Musikschule 0405010010 Musikschulunterrichte, Kurse u. Workshops 432600 Benutzungsgebühren Musikschule <b>Ansatz 2009:</b> 531.500,00 <b>Amt: 41</b> <b>Ansatz 2010:</b> 531.500,00 <b>Ansatz 2011:</b> 531.500,00 <b>Ansatz 2012:</b> 531.500,00 <b>Antrag Nr. 07</b>						48.500 580.000										
						<b>siehe unten</b>										

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: +48.500,00 €

**Antrag der dUH-Fraktion:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Sitzungsvorlage darzustellen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Aufwandsdeckungsgrad im genannten Produkt merklich zu steigern. Im ersten Schritt sind die Erträge unter Ziffer 04 um 48.500,00 € zu verbessern. Denkbar wäre auch eine Ertragsverbesserung in gleicher Höhe aus den Ziffern 4 und 5. Weitere Ausführungen hierzu sind dem Antrag Nr. 7 zu entnehmen.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:**

Siehe angehängte Stellungnahme zu Antrag Nr. 07.

**Beschluss im Kulturausschuss zum Antrag der dUH-Fraktion:**

Der Antrag wurde geteilt. 1.) Die Verwaltung wurde beauftragt darzustellen, wie der Aufwanddeckungsgrad in diesem Produkt verbessert werden kann. Der Beschluss hierzu war Dafür: 10; Dagegen: 3; Enthaltung: 0. 2.) Die Erträge werden wie oben dargestellt auf 580.000 € angehoben. Der Beschluss hierzu war einstimmig dagegen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040601</b> Betreiben einer Stadtbücherei 0406010050 Artothek  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 41</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> <b>Antrag Nr. 18</b>				0												
				0												
	Dafür:		Dafür:	6	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:	7	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:	0	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der SPD-Fraktion:  
 Zum Produkt 040601 "Stadtbücherei" wird eine zusätzliche Kennzahl beantragt:  
 Anzahl der Artothek-Nutzer.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion:  
 Das in der Bücherei benutzte Bibliothekssystem "Bibliotheca" zählt lediglich die Entleihungen und ermittelt die Anzahl der Nutzungen. Diese Ausleihstatistik liefert keine Verknüpfung zu den Namen der entleihenden Personen. Es gibt keine Möglichkeit, die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer vollständig zu erfassen. Zwar besteht die Möglichkeit durch eine zusätzliche statistische Abfrage im System die im Laufe eines Jahres entliehenen Exponate zu ermitteln und für jedes Exemplar einzeln abzufragen, wer der Entleiher/die Entleiherin gewesen ist und dies per "Strichliste" festzuhalten. Allerdings sind systembedingt nur die jeweils letzten drei Nutzer zu ermitteln, mögliche weitere entfallen. Dies bedeutet, dass für die Ermittlung der Anzahl der Nutzungen ein zeitlicher und personeller Mehraufwand erforderlich sein würde und das Ergebnis systembedingt möglicherweise unvollständig ist.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040701</b> Museumsarbeit 0407019010 Vorkostentr. Museumsarbeit 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 41</b> <b>Ansatz 2010:</b> 100.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 129</b>														0 0		
Änderung Folgejahre																

**Bürgerantrag:**  
 Anlässlich des Jubiläums-Jahres von Fabricius, unseren berühmten Sohn der Stadt, könnte ich mir die Einführung eines "Fabry-Talers" vorstellen. Diese Währung kann im Bürgerbüro käuflich erworben werden (1 Wertmarke = 1 Euro) und wird an die Mitmenschen ausgegeben, denen es nicht so gut geht. Der "Fabry-Taler" kann für eine Mahlzeit in einer Wärmestube oder bei der "Tafel" gegen Lebensmittel eingetauscht werden. Hiermit könnte man das "Geld gegen Ware"-Prinzip für Tabak und/oder Alkohol ausschalten.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Diese Idee ist in der beschriebenen Form schwierig umsetzbar. Für hilfebedürftige Menschen wurde seinerzeit der Itterpass eingeführt.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040801</b> Stadtarchiv Hilden 0408010010 Übernahme, Erhaltung, Erschließung, Nutzbar 543800 Werbung/Öffentlichkeitsarbeit <b>Ansatz 2009:</b> 2.000,00 <b>Amt: 41</b> <b>Ansatz 2010:</b> 2.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 2.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 2.000,00 <b>Antrag Nr. 86</b>												4.000 6.000				
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		1 12 0		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderung

## Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Das Stadtarchiv entwickelt - gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Anderen - einen stadthistorischen Flyer. Ziel ist es, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste unserer Stadt zu einem historischen Spaziergang durch Hilden anzuregen und über die Sehenswürdigkeiten und Geschichte unserer Stadt zu informieren. Ergänzend dazu soll - möglichst mit Unterstützung von Sponsoren - an geeigneter Stelle eine Infotafel aufgestellt werden.

## Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der hier vorgeschlagene Flyer (Broschüre) bindet erhebliche Arbeitskraft. Das Stadtarchiv führt in 2009 über das ursprünglich geplante Programm bereits das Projekt "Integration ist machbar" (Interviews mit Migranten der ersten Generation) durch. Außerdem kommen auf das Stadtarchiv durch die Änderung des Personenstandsrechts mit der Übernahme von Zivil- und Personenstandsregistern (ca. 370 Jahrgangsbände) neue Aufgaben in noch nicht absehbarem Umfang zu. Für weitere zusätzliche Projekte gibt es in 2009 und 2010 aus diesen Gründen und wegen der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Fabry-Jahres 2010 keinerlei freie personelle Ressourcen. Die Realisierung des vorgeschlagenen Flyer könnte unter dem Titel "Auf den Spuren Fabrys" für das Fabry-Jahr 2010 jedoch erfolgen, wenn zusätzlich zu den vorgesehenen Produktionskosten (4.000,-€) weitere 2.000,-€ für einen externen Werkvertrag zur Verfügung gestellt werden.

## Antrag der CDU-Fraktion gestellt im Kulturausschuss am 11.02.2009:

Der stadthistorische Flyer soll im Zusammenhang mit dem Fabry-Jubiläums-Jahr aus dem laufenden Budget finanziert werden. Der Beschluss lautet wie folgt:  
 Dafür: 12; Dagegen: 0; Enthaltungen: 1

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Seite 31

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	d U H	Differenz neuer Ansatz	F D P	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>050101</b> Seniorenarbeit 0501011000 Zuschüsse z.B. Altentagesstätten 531830 Zuschüsse Altenbegegnungsstätten/Klubs <b>Ansatz 2009:</b> 165.000,00 <b>Amt: 50</b> <b>Ansatz 2010:</b> 165.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 165.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 165.000,00 <b>Antrag Nr. 50</b>										0 165.000						-6.200 158.800
										1 12 -						<b>einst.</b>
Änderung Folgejahre 2010: +3.000,00 €; 2011: +7.000,00 €; 2012: +11.000,00 €																

## Antrag der BA-Fraktion:

Die Zuschüsse zu den Seniorenbegegnungsstätten will die Stadt von 2009 bis 2012 auf 165.000 € einfrieren. Durch maßvolle Anhebung in Höhe der von der Stadtverwaltung selbst angegebenen Orientierungsdaten für ordentliche Aufwendungen in den kommenden Haushalten soll eine reale Kürzung vermieden werden.

## Hinweise der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Diese Zuschüsse werden aufgrund der vom Rat beschlossenen Richtlinien zur Förderung der Seniorenbegegnungszentren in Hilden gezahlt und berücksichtigen die aktuellen Betriebs- und Personalkosten. Eine Anpassung dieser Zuschüsse erfolgt jährlich nach Vorlage des Verwendungsnachweises. Eine reale Kürzung der Zuschüsse wird somit vermieden. Daneben werden für besondere Projekte zum Aufbau, Erhalt und Weiterentwicklung von Netzwerken ehrenamtlicher Personen und zur Aktivierung und Vermittlung von zusätzlichem freiwilligem Engagement im Sinne des Zukunftskonzeptes besondere Zuschüsse gewährt.

Für das Jahr 2009 beträgt dieser Zuschuss 11.000 € (s. SV 50/68).

## Hinweise der Verwaltung:

Kosten für die Ausbildung von Senior-Trainer/-innen werden nach dem Modellprogramm "Erfahrungswissen für Initiativen - EFI" durch das Land NRW übernommen. (Siehe SV-Nr.: 50/72 - Ausschuss für Schule, Sport und Soziales - 11.12.2008)

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>050201</b> Hilfe in besonderen Lebenslagen 0502011000 Beratungen und Leistungen 543800 Werbung/Öffentlichkeitsarbeit  <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 50</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 10</b>						5.000										
						5.000										
						5										
						8										
						-										

Änderung Folgejahre

**Antrag der dUH-Fraktion:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen ausführlichen "Wegweiser Demenz", Hilfen für Angehörige und Betroffene in der Stadt Hilden, zu entwickeln und noch im Jahr 2009 in der Größenordnung von 500 Stück aufzulegen. Für die Maßnahme werden 10.000,00 € bereitgestellt. Als Muster ist dem Antrag der Wegweiser der Stadt Aachen beigefügt. Weitere Ausführungen hierzu sind dem Antrag Nr. 10 zu entnehmen.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:**

In Hilden werden bereits vielfältige Informationsmaterialien und Beratungsangebote für an demenzerkrankten Menschen und deren Angehörige vorgehalten. Durch die Mitarbeiterinnen des Seniorenbüros des Amtes für Soziales und Integration, die an vielen Arbeitskreisen zum Thema Demenz aktiv mitwirken, werden konkrete und auf den Einzelfall gerichtete Hilfen angeboten. Daneben finden in den städtischen Seniorendiensten der "Stadt Hilden" 14-tägige Beratungen statt. Am 14.3.2009 findet der Demenz-Info-Tag statt; Veranstalter ist das Seniorenbüro. An diesem Demenz-Info-Tag stellen sich alle Organisationen mit ihren Hilfsangeboten vor. Zudem hält das Seniorenbüro und alle anderen Organisationen einen Flyer mit dem Titel "Arbeitsgruppe Demenz" vor; hier sind alle Beratungsangebote aufgelistet. Alle diese Informations- und Beratungsangebote berücksichtigen die besondere Situation eines jeden einzelnen Demenzerkrankten und dessen Hilfebedarf. Ein Wegweiser ähnlich dem angeführten Beispiel aus der Region Aachen ist wesentlich umfangreicher und erfordert den Einsatz zusätzlicher Ressourcen.

Nach den Beratungen im Ausschuss für Schule, Sport und soziales wurde der Antrag der dUH-Fraktion auf 5.000,- € reduziert.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>060101</b> Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 0601010030 Förderung von Kindern in städt. Tageseinrichtu 433110 Elternbeiträge  <b>Ansatz 2009:</b> 1.500.000,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 1.500.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 1.500.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 1.500.000,00  <b>Antrag Nr. 11, 20, 28, 91</b>		-150.000 1.350.000		-407.000 1.093.000		-75.000 1.425.000				0 1.500.000						
		Dafür: 3 Dagegen: 6 Enth.: 4		Dafür: 7 Dagegen: 4 Enth.: 2		Dafür: - Dagegen: <b>einst.</b> Enth.: -		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: <b>erl.</b> Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre Änderungen dUH = 2010: -150.000,00 €; 2011: -225.000,00 €; 2012: -300.000,00 €

## Antrag der dUH-Fraktion:

Die geltenden Elternbeiträge für Kinder von 0-6 Jahre, die in städtischen Tageseinrichtungen (Kindergärten) untergebracht sind, werden in den nächsten 5 Jahren jeweils um 5 %, insgesamt um 25 %, gesenkt. Weitere Ausführungen sind dem Antrag Nr. 11 zu entnehmen.

## Antrag der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion beantragt, für das letzte Regelkindergartenjahr keine Elternbeiträge mehr zu erheben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Höhe der Einnahmeausfälle zu ermitteln und den Haushaltsplan 2009 anzupassen.

## Antrag der CDU-Fraktion:

Die CDU Fraktion beantragt in Fortentwicklung ihrer bisherigen Bestrebungen in Hilden eine funktionierende Betreuungs- und Bildungslandschaft zu schaffen die Beiträge für den Besuch einer Kindertagesstätte und der offenen Ganztagschule ab 2009 in allen Einkommensstufen und Betreuungszeiten um 10 % zu senken. Dies führt zu Mindereinnahmen im Ergebnishaushalt in den Bereichen 060101 und 030210. Weitere Ausführungen sind der Anlage des Antrages Nr. 28 zu entnehmen.

## Antrag der BA-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.03.2009 - als Entscheidungsgrundlage für einen Beschluss über den Einstieg in ein kostenloses Kindergartenjahr - auf der Grundlage der vorliegenden Änderungsanträge Kosten zu ermitteln und einen Vorschlag vorzulegen. Weiteres ist dem Antrag Nr. 91 zu entnehmen.

Hinweis der Verwaltung zu den Anträgen: Siehe hierzu die beigefügte Stellungnahme zu den Anträgen 11, 20, 28 und 91.

Der Antrag der BA-Fraktion wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses als "erledigt" angesehen.

Der Änderungsbetrag zum Antrag der SPD-Fraktion wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses nach ergänzenden Erläuterungen der Verwaltung auf -407.000,- € geändert.

Die CDU-Fraktion ergänzte Ihren Antrag dahingehend, dass zukünftig je Jahr eine Reduzierung um 10 % (je nach Haushaltslage) bis auf 50 % vorgenommen werden soll.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>060101</b> Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 0601019010 Vorkostentr. Förderung von Kindern im Alter vo 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> 50.282,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 50.388,00 <b>Ansatz 2011:</b> 50.504,00 <b>Ansatz 2012:</b> 50.620,00  <b>Antrag Nr. 51</b>										3.170 53.452						
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		4 7 2		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2010: +6.700,00 €; +8.170,00 €; +11.170,00 €

## Antrag der BA-Fraktion:

Die ordentlichen Aufwendungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen will die Stadt ab 2009 auf 104.830 € bis 2012 einfrieren. Durch maßvolle Anhebung in Höhe der von der Stadtverwaltung selbst angegebenen Orientierungsdaten für ordentliche Aufwendungen in den kommenden Haushalten soll ein reale Kürzung vermieden werden.

## Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

In dieser Position sind unter anderem pädagogisches Material, Fortbildungen, Büromaterial, etc. der Kindertageseinrichtungen veranschlagt. In den vergangenen Jahren bezog sich der Hauptteil des Haushaltsansatzes auf Wertkorrekturen aus Einnahmeausfällen für Elternbeiträge. Dieser Ansatz wurde von 73.100 € (Haushaltsjahr 2008) auf 8.000 € (Haushaltsjahr 2009) gesenkt. Ob dies dem tatsächlichen Einnahmeausfall entsprechen wird, bleibt abzuwarten. Eine Erhöhung des Ansatzes für Wertkorrekturen würde einem möglichen erhöhten Einnahmeausfall vorbeugen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>060201</b> Förderung von Kindern und Jugendlichen 0602010040 Jugendparlament 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 52</b>										5.000						
										5.000						
										1						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	10	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	2	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: +5.000,00 €

Antrag der BA-Fraktion:

Das Jugendparlament soll mit einem eigenen Budget ausgestattet werden, das es selbstständig bewirtschaften kann.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Im Produkt 060201 ist dem Jugendparlament ein eigener Kostenträger zugeordnet. Diese Mittel (Höhe ca. 9.000 €) werden ausschließlich im Rahmen von Jugendparlamentsarbeit nach Absprache eingesetzt. Somit sind Aktionen und deren Umsetzungen im Rahmen von Beschlüssen des Jugendparlamentes finanziell abgesichert. Die Höhe der jeweils angesetzten Mittel im Haushaltsjahr sind mit dem Jugendparlament abgestimmt.



# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>060301</b> Bereitstellung von Hilfen inner- u. außerhalb 0603010060 Tagespflegen(entfällt) 533400 Leist. d. Jugendhilfe an natürl. P. außerhalb v. <b>Ansatz 2009:</b> 180.000,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 180.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 180.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 180.000,00 <b>Antrag Nr. 21, 87</b>				0 180.000							120.000 300.000					
		Dafür:	Dafür:	<b>siehe</b>	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	<b>siehe</b>	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
		Dagegen:	Dagegen:	<b>unten</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	<b>unten</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
		Enth.:	Enth.:		Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:		Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: +120.000,00 €

Antrag der SPD-Fraktion: Die SPD-Fraktion beantragt, die Verwaltung prüfen zu lassen, wie genau sich die neuen Vorschriften bei der Tagespflege auf die betreuenden Personen und deren Einkünfte auswirken und welcher Aufwand entstehen würde, wenn die Stadt die so ermittelten Nachteile ausgleichen würde.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Der Stundensatz für Tagesmütter wird unabhängig vom Zustandekommen einer kreisweiten Lösung auf mindestens 5 € / Std. angehoben. Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Einführung von Steuer- und Sozialabgabepflicht) machen eine Erhöhung des Stundensatzes zwingend erforderlich. Tagesmütter übernehmen eine große Verantwortung für die sie auch angemessen bezahlt werden müssen. Ohne Anhebung des Stundensatzes ist außerdem fraglich, ob in Hilden für - wie vorgesehen - 100 Kinder Betreuungsplätze gefunden werden können.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ab dem 01.01.09 müssen alle Tagespflegepersonen die Einkünfte aus Ihrer Tagespflegetätigkeit versteuern. Bisher waren nur die privaten Einnahmen steuerpflichtig, im Sinne von Einnahmen aus einer freiberuflichen Tätigkeit. Es wurde klargestellt, dass der Zuschuss zur Rente-, Unfall- und Krankenversicherung steuerfrei ist. An dieser Stelle ist bereits zu beurteilen, ob der steuerliche Nachteil durch die private oder öffentliche Einnahme entsteht. Geht man zum Beispiel von einem Kind aus, dass regelmäßig werktäglich 8 Stunden betreut wird, entspricht dies einer öffentlichen Einnahme in Höhe von ca. monatlich 520 €. Abzüglich der Betriebsausgabenpauschale von derzeit 300 € verbleiben 220 €. Da die Grundfreibetragsgrenze bei 638,66 € liegt, fallen keine Steuern an, sofern nur die öffentlichen Einnahmen betrachtet werden. Viele Tagespflegepersonen erhalten jedoch von den Eltern zusätzliche Aufwandsentschädigungen, die durchaus im Bereich der Zahlung durch das Amt für Jugend, Schule und Sport liegen. In diesen Fällen kann sich eine Steuerpflicht ergeben, da die oben genannte Freigrenze überschritten wird. Ob und wenn ja in welcher Höhe steuerliche Nachteile entstehen, kann seitens des Amtes für Jugend, Schule und Sport nicht ermittelt werden. Dies hängt unter anderem mit der steuerlichen Veranlagung eines Ehepartners zusammen. In der Regel wirken sich bei verheirateten Tagespflegepersonen bereits die öffentlichen Einnahmen direkt aus. Da das Steuerrecht hochgradig komplex/individuell und die Höhe der Steuerschuld multifaktoriell bestimmt ist, kann seitens des Fachamtes weder verbindlich die Steuerfreiheit der Einnahmen, noch die Höhe der steuerlichen Belastung durch die Ausübung von Tagespflege benannt werden kann. Zur Information der Tagespflegepersonen bietet das Amt für Jugend, Schule und Sport am 02.02.09 eine Informationsveranstaltung mit dem Thema "Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Änderungen in der Kindertagespflege ab 2009" an. Es wurde seitens der Verwaltung bereits erkannt, dass sich durch die oben genannten Änderungen Unsicherheiten, aber auch Fehlinformationen ergeben haben. Angedacht ist die Erarbeitung eines Konzeptes für die Kindertagespflege, zur Vorlage in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.06. Hierbei soll auch der Aspekt der angemessenen Vergütung Berücksichtigung finden. Eine einheitliche Regelung innerhalb des Kreises Mettmann wird angestrebt. Einstimmig wurde im Jugendhilfeausschusses der Beschluss gefasst die Verwaltung zu beauftragen eine Konzept bis zum 4. Juni 2009 zu erstellen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>080101</b> Bereitstellung von Sportanlagen 0801010010 Verwaltung von Turn-/Sporthallen inkl. Kreisspo 445990 Sonstige Benutzungsgeb./Entgelte (privat-rechtl <b>Ansatz 2009:</b> 10.000,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010:</b> 10.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 10.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 10.000,00 <b>Antrag Nr. 101</b>														0 10.000		
Änderung Folgejahre																

**Bürgerantrag:**  
 Einführung von Sportstättenbenutzungsgebühren von Mo.-Fr. ab 18 Uhr.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Zur Umsetzung müsste das aktuelle Konzept vollständig verändert werden. Künftig müsste die Pflege der Sportstätten wieder durch die Stadt erfolgen. Unter dem Strich ist davon auszugehen, dass keine Kosten gespart werden können, da eine Benutzungsgebühr nur kostendeckend erhoben werden darf. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass hierdurch die Zahl der aktiven Sportler in Hilden sinken würde.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>090101</b> Stadtplanung 0901010010 Stadtentwicklungsplanung 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 61</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 31, 55</b>		82.000		0						82.000						
		82.000		0						82.000						
			Dafür: <b>siehe</b>	Dafür: <b>siehe</b>	Dafür:	Dagegen:	Dafür:	Dagegen:	Dafür: <b>siehe</b>	Dagegen:	Dafür:	Dagegen:	Dafür:	Dagegen:	Dafür:	Dagegen:
			Entn.: <b>unten</b>	Entn.: <b>unten</b>	Entn.:	Entn.:	Entn.:	Entn.:	Entn.: <b>unten</b>	Entn.:	Entn.:	Entn.:	Entn.:	Entn.:	Entn.:	Entn.:

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: Auswirkungen unbekannt

Antrag der CDU-Fraktion: Nach Schließung der Albert-Schweitzer-Schule und nach möglichem Abriss der Fabriciushalle setzt sich die CDU Fraktion bei der Überplanung einer Fläche von 21.500 qm für die Ausweisung von Wohnbebauung ein. Dabei werden hohe Anforderungen an die Qualität und die Ausstattung der Bebauung gestellt. Bei der Untersuchung der Kriterien sind nicht nur intern die Vorschläge der Verwaltung gefragt, sondern auch extern die Abfrage bei Experten und Verbänden der Wohnungswirtschaft. Nach Abschluss der Untersuchung soll die Auslobung eines Wettbewerbes durchgeführt werden. Antrag der BA-Fraktion: Für die Fläche zwischen Albert-Schweitzer-Schule und Fabricius-Halle soll ein Wettbewerb für ein städtebauliches Modellprojekt „Nachhaltiges Bauen“ ausgeschrieben werden, um daraus ein am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiertes Quartier zu entwickeln. Dabei soll ein Teil des Geländes auch zukünftig als Spiel- und Bewegungsfläche zur Verfügung stehen. Das Areal zwischen Albert-Schweitzer-Schule und Fabricius-Halle ist innenstadtnah gelegen und kann problemlos zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr erreicht werden. Es bietet damit die Voraussetzungen und den Raum für ein Modellprojekt „Nachhaltiges Bauen“. Um eine größtmögliche Vielzahl dieser Belange in dem Modellprojekt berücksichtigen zu können, sollte ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Hinweis der Verwaltung zu den Anträgen der CDU- und BA-Fraktion: Sowohl der Antrag Nr. 31 als auch der Antrag Nr. 55 befassen sich mit dem Thema der Wiedernutzung des Geländes zwischen Lindenstraße, Kunibertstraße, Kölner Straße und Am Wiedenhof (u.a. Albert Schweitzer-Schule). Bei einer positiven Beschlussfassung des Antrages würde die Verwaltung ihre Position (zu den Aspekten Wohnungform-Aufteilung, Nachhaltiges Bauen) den verschiedenen Verbänden und Organisationen im Bereich der Wohnungswirtschaft zustellen verbunden mit der Bitte um eine Stellungnahme. Natürlich würde über das Ergebnis in den zuständigen Ausschüssen bzw. im Rat berichtet. Dies kann voraussichtlich bis Mitte 2009 erfolgen. Ein städtebaulicher Ideenwettbewerb könnte unter Zuhilfenahme eines entsprechenden Fachbüros inhaltlich und formal von Rat und Verwaltung vorbereitet und dann auch durchgeführt werden. Die Durchführung könnte in der zweiten Hälfte des Jahres 2009/ in der ersten Hälfte des Jahres 2010 erfolgen. Das Siegerergebnis würde anschließend in einen Bebauungsplan einfließen. Inwieweit das Ergebnis dann auch ökonomisch erfolgreich ist, kann natürlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Antrag der SPD-Fraktion gestellt am 04.02.2009 im Stadtentwicklungsausschuss: Bei einem Sporthallen-Neubau muss das Gelände der Fabricius-Halle zusammen mit dem der Albert-Schweitzer-Schule für Wohnungsbau überplant werden. Bei der Planung sind zu berücksichtigen: 1. "Niedrig-Energie-Standard" aller Gebäude, möglichst kombiniert mit regenerativer Energieversorgung 2. Ein Teil der Wohnungen sollte öffentlich geförderter Wohnungsbau sein, damit die Wohnungen bezahlbar bleiben 3. Die Planung soll in Form eines städtebaulichen Wettbewerbs erfolgen. Ergebnis im Stadtentwicklungsausschuss für alle Anträge: 18 Ja, 1 Enthaltung. Ergebnis im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss für alle Anträge: einst. dafür. Sollte es zu dem städtebaulichen Wettbewerb kommen, so würden folgende Kosten anfallen: Kosten für das betreuende Büro: ca. 20.000,- €, Kosten Preisgericht incl. Ausschreibungskosten, Spesen, Tagungsräume etc. ca.12.000,- €, Preisgeld 50.000,- €. Bei positiver Beschlussfassung würde die Verwaltung für die Aprilsitzung des Stadtentwicklungsausschusses eine SV fertigen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>100402</b> Wohnungsangelegenheiten 1004029010 Vorkostentr. Wohnungsangelegenheiten  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 23</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: <b>Antrag Nr. 59</b>										0						
										0						
										1						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	8	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	-	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Die Produktinformation wird um folgende Ziele ergänzt: "Prüfung, ob, unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten die Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses in Hilden möglich ist "und" Erarbeitung einer Konzeption für ein Mehrgenerationenhaus in Hilden inklusive Finanzierungsmodell.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Prüfung der Realisierungsfähigkeit sowie die Bearbeitung einer Konzeption für ein Mehrgenerationenhaus incl. Finanzierungsmodell sind nicht im bisherigen Zuschnitt des Produkts enthalten. Eine Bearbeitung im Rahmen der vorhandenen Personalkapazitäten ist nicht möglich.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück <b>Ansatz 2009:</b> 1.146.500,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 1.467.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 1.209.500,00 <b>Ansatz 2012:</b> 1.045.000,00 <b>Antrag Nr. 63, 97</b>							-70.000 1.076.500			0 1.146.500						
							Dafür: 1 Dagegen: 16 Enth.: 2			Dafür: 3 Dagegen: 15 Enth.: 1						

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Sperrung von 72.000 € für Maßnahmen an Straßenbäumen und Sperrung von 70.000 € für Sanierung problematischer Baumstandorte.  
 Freigabe der Mittel nur durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses.

Antrag der FDP-Fraktion:

Die FDP lehnt die für 2009 vorgesehene Fällung von 28 Straßenbäumen zu Kosten von 70.000 € ab. Eine Ortsbesichtigung hat ergeben, daß an diesen 28 Standorten eine Verkehrsgefährdung, die eine zwingende Fällung notwendig machte, nicht gegeben ist. In der überwiegenden Anzahl der Fälle genügt eine Sicherung der Baumscheiben (zB. Mettmanner Str.) bzw. eine Kappung einzelner Wurzeln, sowie Neuverlegung einzelner Gehwegplatten (kleine Kommission).

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA- und FDP-Fraktion:

Dem STEA wurden alle geplanten Maßnahmen bereits in 2008 mit einer SV als Grundlage für die Einplanung zum Haushalt 2009 zur Beschlußfassung vorgelegt. Jeder einzelne Baumstandort ist darin aufgelistet. Weiterhin wurde der STEA am 4.2.09 mit der SV 66/162 über die Abwicklung der Maßnahmen in 2008 informiert. Hierin sind nochmals die Maßnahmen 2009 aus Ausblick enthalten und zusätzlich auf Lageplänen markiert. Insofern ist nicht erkennbar, warum der STEA nochmals über den Sachverhalt beraten soll. Der Vorschlag der FDP (Kappung von Wurzeln, Neuverlegung einzelner Gehwegplatten) ist so nicht realisierbar. Bei der Kappung von Wurzeln ist die Gefährdung der Baumstandsicherheit gegeben. Im Schadenfall wäre die Stadt materiell und die anordnende Person bei Personenschäden ggf. strafrechtlich haftbar. Fehlende Gehwegplatten können wegen der hochliegenden Wurzeln nicht eingebaut werden.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück <b>Ansatz 2009:</b> 0,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 105</b>														0		
														0		
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

**Bürgerantrag:**  
 Vereinheitlichung und Umbau des Marktplatzes. Stuhlsatzung erlassen für eine einheitliche und niveauevolle Bestuhlung der Anlieger. Mehr Blumen und Grünflächen. Errichtung eines Kinderspielplatzes.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 In 2006 wurde im Rahmen eines Bürgerbegehren beschlossen, dass der Marktplatz in seiner jetzigen Form erhalten bleibt. Lediglich kleinere "Entrümpelungsaktionen" und Sanierungen wurden vorgesehen. Diesem Begehren ist der Rat beigetreten und hat weiterhin beschlossen, die jetzige Platznutzung beizubehalten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück <b>Ansatz 2009:</b> 1.101.500,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 1.418.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 1.164.500,00 <b>Ansatz 2012:</b> 1.000.000,00 <b>Antrag Nr. 104, 126</b>														0 1.101.500		
Änderung Folgejahre 2010: -537.000,00 €																

**Bürgerantrag:**  
 Rücknahme des Ratsbeschlusses zum Bau einer aufwendigen Baseball-Anlage. Spart Gelder und schont die Natur (Antrag wurde von 2 Bürgern eingereicht)

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Die Stadt Hilden verfolgt als "Sportstadt" seit Jahren das Ziel, seinen Bürgern ein möglichst breitgefächertes Angebot für Sportinteressierte zu unterbreiten. Dies schliesst "Randsportarten" ein. Zudem liegen konkrete Beschlüsse des Rates vor, den SV Hilden Ost finanziell zu unterstützen, als auch entsprechendes Planungsrecht zu schaffen. Bei der Baseballabteilung des SV Hilden Ost handelt es sich um einen Bereich, der seit 20 Jahren in Hilden diese Sportart betreibt und eine hervorragende Aufbauarbeit im Jugendbereich geleistet hat. Von daher ist es gerechtfertigt, dieser Sportart auch langfristig in Hilden eine Perspektive zu geben.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 66</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: <b>Antrag Nr. 128</b>														0		
														0		
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Bürgerantrag:  
 Die Abstände für Markierungsarbeiten (Straßen) erhöhen - vor allem in Nebenstraßen.

Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:  
 Markierungen gehören zu den preiswertesten Mitteln, um auf Verkehrsflächen die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. In Nebenstraßen erfolgt eine Erneuerung nur nach Bedarf oder Anwohnerwunsch. Eine Realisierung des Vorschlages würde dazu führen, dass Bürgerwünsche selten oder gar nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 520250 Strom  <b>Ansatz 2009:</b> 16.500,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 16.500,00 <b>Ansatz 2011:</b> 16.500,00 <b>Ansatz 2012:</b> 16.500,00  <b>Antrag Nr. 130</b>														0 16.500		
Änderung Folgejahre																

**Bürgerantrag:**  
 Sämtliche Ampeln auf Nebenstraßen ausserhalb von Berufs- und Geschäftszeiten, sowie an Sonn- und Feiertagen ausser Betrieb nehmen. Das spart Energie.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Bereits heute werden im Stadtgebiet Ampeln in den Abend- und Nachtstunden abgeschaltet, wo dies die Verkehrssicherheit zulässt. Die Stadt hat hierzu eine Prioritätenliste erstellt, in der die städtischen Ampeln kategorisiert worden sind. Nach dieser Liste werden einige Ampeln bereits am späten Nachmittag abgeschaltet, andere jedoch erst in den Nachtstunden. Die Ampeln, die durch den Landesbetrieb "Straßen NRW" unterhalten werden, sind jedoch von dieser Regelung ausgenommen. Die Kosten für Strom und Unterhaltung trägt der Landesbetrieb.





# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521190 Aufwendungen Straßenbeleuchtung <b>Ansatz 2009:</b> 540.000,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 540.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 540.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 540.000,00 <b>Antrag Nr. 145</b>														0 540.000		
Änderung Folgejahre Dafür: Dagegen: Enth.:																

Bürgerantrag:  
 Ab 20.00 Uhr jede zweite Straßenlaterne abschalten.

Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:  
 Seit vielen Jahren wird die Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet zwischen 20.00 und 06.00 Uhr mit einer Leistungsreduzierung von bis zu 50% betrieben. Eine Abschaltung jeder zweiten Straßenlaterne ist aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht möglich. Untersuchungen haben gezeigt, dass hierdurch Dunkelbereiche entstehen, an die sich das Auge des Autofahrers nur schwer anpassen kann. Diese Beeinträchtigung würde dann wiederum zu einem erhöhten Unfallrisiko, insbesondere mit Fahrradfahrern und Fußgängern, führen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521190 Aufwendungen Straßenbeleuchtung <b>Ansatz 2009:</b> 540.000,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 540.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 540.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 540.000,00 <b>Antrag Nr. 146</b>														0 540.000		
Änderung Folgejahre Dafür: Dagegen: Enth.:																

**Bürgerantrag:**  
 Ausstattung von Straßenlaternen mit Bewegungsmeldern in Bereichen, wo in den Abend- und Nachtstunden selten Durchgangsverkehr, insbesondere von Fußgängern, vorhanden ist.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Die Straßenbeleuchtung wird aus Gründen der Verkehrssicherheit dauerhaft betrieben. Die zeitverzögerte Einschaltung der Beleuchtung würde die Gefahr des Stolpern oder übersehen zu werden stark erhöhen. Insbesondere der Aktionsradius der Bewegungsmelder müsste so ausgelegt sein, dass eine Auslösung rechtzeitig erfolgt. Die Folge wäre ein dauerhaftes Fremdauslösen von vorbeifahrenden Fahrzeugen, Tieren und umherfliegenden Gegenständen. Zusätzlich würde das ständige Ein- und Ausschalten der Leuchtkörper zu frühzeitigem Verschleiss führen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120104</b> Verkehrsentwicklungsplanung 1201040010 Verkehrsentwicklungsplanung einschl. ÖPNV 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen <b>Ansatz 2009:</b> 15.000,00 <b>Amt: 61</b> <b>Ansatz 2010:</b> 0,00 <b>Ansatz 2011:</b> 0,00 <b>Ansatz 2012:</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 89</b>											5.000 20.000					
Änderung Folgejahre 2010: +10.000,00 €																

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung soll sich am Carsharing beteiligen um so schrittweise den Bestand ihrer PKWs zu reduzieren. Die Verwaltung ist mit Carsharing-Anbietern in Verhandlung. Sollten zur Realisierung eines Carsharing-Angebotes städtische Mittel eingesetzt werden müssen, sollen diese zur Verfügung gestellt werden. Da die Verhandlungen aber noch nicht abgeschlossen sind, ist der Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die bisherige Beschlußlage des STEA hat der Verwaltung vorgegeben, dass keine städt. Mittel eingeplant werden sollen. Die Zuordnung zum Produkt Verkehrsentwicklungsplanung ist nicht zutreffend. Hier kommt entweder das Produkt Umweltschutz oder das Produkt Dienstleistungen für die Verwaltung/Hauptamt in Betracht.

















# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>130101</b> Grünflächen, Spielplätze und Fließgewässer 1301010030 Spielplätze 521156 Unterhaltung der Park-, Sport- und Spielanlage <b>Ansatz 2009:</b> 66.000,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 66.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 66.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 66.000,00 <b>Antrag Nr. 25</b>		0 66.000														
			Dafür: einst.	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
			Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
			Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag der CDU-Fraktion:

Die CDU Fraktion beantragt eine Bestandsaufnahme Bolzplätze zu erstellen. Die Bestandsaufnahme soll den Zustand und die Nutzung der Bolzplätze darstellen, sowie die Bewertung der Notwendigkeit und der weiteren Entwicklung beinhalten.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung kann in 2009 die Untersuchung zu den Bolzplätzen durchführen und einen Bericht vorlegen.

Nach den Beratungen im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wurde der Antrag der CDU-Fraktion durch die Fraktion Bündnis 90/die Grünen ergänzt mit der Bitte "Standorte für weitere Bolzplätze" mit zu untersuchen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>140101</b> Umweltschutz 1401010010 Altlasten/Umwelt 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> 4.000,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010:</b> 4.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 4.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 4.000,00  <b>Antrag Nr. 72</b>										4.000 8.000						
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: +4.000,00 €																

**Antrag der BA-Fraktion:**

Beim Umweltschutz betragen die Aufwendungen für 2007 noch 70.804 €. Von 2009 bis 2012 will die Stadtverwaltung diesen Ansatz auf 4.000 € einfrieren - Der Aufwand pro Einwohner für Umweltschutz sinkt auf 1,62 €. Der Umweltschutz wird in Hilden nur von einer 0,2 Vollzeitstelle versehen; 2008 waren es immerhin noch 0,4 Stellenanteile. - Die Aufwendungen sollten erhöht werden, um den "Runden Tisch Klimabündnis" wieder aktivieren zu können.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:**

Die Aufwendungen im Jahr 2007 waren durch zusätzliche Kosten für Sanierungen geprägt (Bodenentsorgung Altenheim Hummelster Str. 52.000,- € , Änderung Anschluss gasdichte Folie an Gebäudeaußenwände Turnhalle Weidenweg 18.000,- €). Hinsichtlich der Änderung der Stellenanteile von 0,4 auf 0,2 kann ausgeführt werden, dass die Zahl des Jahres 2008 leider einen kleinen Fehler aufweist. Nach den Haushaltsplanberatungen 2007 hat es eine Verschiebung vom Produkt 140101 nach 130303 um 0,2 Stellen gegeben. Daher wies auch schon der Haushalt 2008 einen Wert von 0,2 Vollzeitstellen aus. Die Zahl im Plan 2009 - Produkt 140101 - Plan 2008 - ist falsch und muss 0,2 Vollzeitstellen lauten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>150101</b> Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsan 1501010010 Bestandspflege und -entwicklung 543800 Werbung/Öffentlichkeitsarbeit <b>Ansatz 2009:</b> 6.050,00 <b>Amt: 23</b> <b>Ansatz 2010:</b> 6.050,00 <b>Ansatz 2011:</b> 6.050,00 <b>Ansatz 2012:</b> 6.050,00 Antrag Nr. 144														0 6.050		

Änderung Folgejahre

**Bürgerantrag:**  
 Aufwertung des Fritz-Gressard-Platz durch ggf. Veranstaltungen im Sommer vor der Stadthalle oder Eisbahn im Winter

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Der Fritz-Gressard-Platz wird von Veranstaltern als Veranstaltungsort nicht akzeptiert. Die Durchführungen von Veranstaltungen mit einer Eisbahn hat der Rat mehrheitlich abgelehnt.

<b>150101</b> Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsan 1501010030 Existenzgründungsförderung und -hilfen 531700 Aufwendungen für Zuschüsse an private Untern <b>Ansatz 2009:</b> 23.700,00 <b>Amt: 23</b> <b>Ansatz 2010:</b> 23.700,00 <b>Ansatz 2011:</b> 23.700,00 <b>Ansatz 2012:</b> 23.700,00 Antrag Nr. 143														0 23.700		
---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	-------------	--	--

Änderung Folgejahre

**Bürgerantrag:**  
 Existenzgründungshilfe im Rahmen eines Kredites vergeben

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Die Stadt Hilden gewährt Existenzgründern einen Mietzuschuss, um Büro- und Gewerbeflächen günstiger anmieten zu können. Hilfen in Form von Krediten werden bereits vom Land NRW über die jeweilige Hausbank gewährt.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>150101</b> Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsan 1501019010 Vorkostentr. Wirtschaftsförderungs- und Liegen 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> 17.350,00 <b>Amt: 23</b> <b>Ansatz 2010:</b> 17.350,00 <b>Ansatz 2011:</b> 17.350,00 <b>Ansatz 2012:</b> 17.350,00  <b>Antrag Nr. 73</b>										-3.000 14.350						
										1 8 -						
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: -3.000,00 €																

**Antrag der BA-Fraktion:**

Das Wirtschaftsförderungsamt will für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit ab 2009 bis 2012 jeweils 12.100 € ausgeben. Der Ansatz ist gegenüber 2008 (10.500 €) um die Kosten für die Reise einer ausgesuchten Delegation zur Gewerbeimmobilien-Messe „Expo-Real“ nach München zu kürzen.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:**

Seit 2002 beteiligt sich die Stadt Hilden am Messeauftritt des Kreises Mettmann bei der EXPO REAL. Bisher sind der Stadt durch diese Beteiligung finanzielle Aufwendungen nicht entstanden, mit Ausnahme der Reisekosten und Eintrittsgebühren der Vertreter der Stadt, die als Standbesetzung und/oder Repräsentanten der Stadt jeweils vor Ort anwesend waren. Eine Kürzung des Ansatzes um die Reisekosten (- 3.000 €) würde bedeuten, dass die Stadt Hilden - obwohl als eine der 10 Städte des Kreises an der Ausstellung beteiligt - personell dort nicht vertreten wäre.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>150101</b> Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsan 1501019010 Vorkostentr. Wirtschaftsförderungs- und Liegen  <b>Ansatz 2009:</b> 5.000,00 <b>Amt: 23</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> <b>Antrag Nr. 74</b>										-5.000 0						
Dafür:			Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	1	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
Dagegen:			Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	8	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
Enth.:			Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	-	Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre Antrag BA-Fraktion: je Jahr -5000,- €

**Antrag der BA-Fraktion:**

Die Stadtverwaltung wird gebeten mitzuteilen, welcher Betrag aus dieser Haushaltsstelle an das „Wirtschaftsblatt“ fließt und welche Dienstleistungen damit finanziert werden. Gegebenenfalls folgt ein mündlicher Streichungsantrag in Fachausschuss-Sitzung.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:**

Der Finanzierungsbeitrag der Stadt zur Erstellung der "Hilden-Seite" im Wirtschaftsblatt (Erstellung der Seite einschl. der redaktionellen Arbeiten, Herstellung des Heftes und zielgerichteter Vertrieb) beträgt bei 5 Heften pro Jahr ca. 5.000 €.

<b>150404</b> Städt. Beteiligungen an Unternehmen 1504040010 Städtische Beteiligungen 531530 Aufw.f.Zuschüsse Stadtmarketing Hilden GmbH  <b>Ansatz 2009:</b> 250.000,00 <b>Amt: 20</b> <b>Ansatz 2010:</b> 250.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 250.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 250.000,00 <b>Antrag Nr. 119</b>																
Dafür:			Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:				Dafür:		Dafür:	
Dagegen:			Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:				Dagegen:		Dagegen:	
Enth.:			Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:				Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: -250.000,00 €

**Bürgerantrag:**

Abschaffung des derzeitigen Stadtmarketings (uneffektiv, einfalllos, keine erkennbaren Eigenaktivitäten).

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**

Aus Sicht der Verwaltung ist die Existenz eines professionellen Stadtmarketings von erheblicher Bedeutung und bei allen Ratsfraktionen unumstritten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>150404</b> Städt. Beteiligungen an Unternehmen 1504049010 Vorkostentr. Städtische Beteiligungen an Unter  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 20</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: <b>Antrag Nr. 76</b>										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

**Antrag der BA-Fraktion:**

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu erläutern, wie mit einer 0,1-Vollzeitstelle der in der Produktinformation aufgeführten Auftragsgrundlage, der Produktbeschreibung sowie den allgemeinn Zielen entsprochen werden kann. Für die städtische Beteiligung an Unternehmen ist ein Stellenanteil von 0,1 einer Vollzeitstelle vorgesehen. – Es gibt keine weiteren Kennzahlen.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:**

Mit Einführung des NKF wurden die Stellenanteile durch eine grobe Schätzung ermittelt. Hiernach ergab sich der Wert von 0,1 Stellen, was rd. 4 Wochenstunden bedeutet. Weitere Kennzahlen wurden nicht ermittelt, weil sie in diesem Bereich ausgesprochen schwierig wären bzw. kaum eine Aussagekraft hätten. Bereits im letzten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Themenbereich "Prüfung der Beteiligungen - Stadtwerke Hilden GmbH und Stadt Holding Hilden GmbH" wurde umfänglich hierzu Stellung genommen. Eine Ausweitung der Aufgaben der städtischen Beteiligungsverwaltung hätte zwangsläufig eine personelle Aufstockung incl. höherer Sachkosten zur Folge.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>160101</b> Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft 1601010020 Sonstige allg. Finanzwirtschaft 461700 Zinserträge von Kreditinstituten  <b>Ansatz 2009:</b> 336.500,00 <b>Amt: 20</b> <b>Ansatz 2010:</b> 336.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 333.350,00 <b>Ansatz 2012:</b> 331.700,00  <b>Antrag Nr. 78</b>										0 336.500						
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

**Antrag der BA-Fraktion:**

Die Zinserträge sollen von 88.650 € in 2008 auf 336.500 € in 2009 und 2010 steigen, in 2011 333.350 € betragen und in 2012 immer noch 331.700 € erbringen. – Wodurch ist der enorme Zuwachs an Zinseinnahmen zwischen 2008 und 2009 hervorgerufen? Sind das Zinserträge aus dem „Bürgersparbuch“? Welche Auswirkung hat die Senkung der Leitzinsen auf die geschätzten Zinserträge?

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:**

Die Liquidität der Stadtkasse war im Jahre 2008 gesichert. Kassenkredite mussten nicht aufgenommen werden. Vielmehr konnten im gesamten Jahr 2008 nicht benötigte Mittel kurzfristig angelegt werden. Das Rechnungsergebnis 2008 beläuft sich sogar auf 450.000,- €. In Kenntnis der aktuellen Zinssituation wurde der Ansatz auf 280.000,- € geschätzt festgeschrieben. Der Unterschiedsbetrag zu dem im Antrag der BA-Fraktion genannten Zinserträge ergibt sich aus den vergebenen Wohnungsbaudarlehen der Vergangenheit. Die Zinserträge reduzieren sich natürlich jedes Jahr, weil sich der zu verzinsende Betrag durch die Tilgungsanteil reduziert. Zinsen aus dem "Bürgersparbuch" wurden natürlich nicht eingerechnet.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>160101</b> Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft 1601010020 Sonstige allg. Finanzwirtschaft 551700 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute  <b>Ansatz 2009:</b> 1.120.000,00 <b>Amt: 20</b> <b>Ansatz 2010:</b> 1.100.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 1.050.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 1.010.000,00  <b>Antrag Nr. 94</b>							0 1.120.000									
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

## Antrag der FDP-Fraktion:

Es wird beantragt, die Obergrenze der mit Zinslasten verbundenen Gesamtverschuldung (ohne Haftungsrisiken aus Garantien, Bürgschaften oder Nachschussverpflichtungen etc.) auf maximal 25 Millionen Euro festzuschreiben. Ferner wird dabei festgelegt, daß jährlich mindestens 500.000 € Alt-Schulden abzubauen sind. Sonstige Ausführungen sind dem Antrag Nr. 94 zu entnehmen.

## Hinweis der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion:

Einen Beschluss zu fassen die Obergrenze der Verschuldung auf 25 Mio. € festzuschreiben setzt natürlich voraus, dass bei zukünftigen Investitionen diese immer im Blickfeld sein muss. Aktuell gibt es im Finanzplanungszeitraum damit keine Probleme. Einbrüche im Bereich der Einnahmen können die Situation aber schnell ändern.

Der zweite Antrag jährlich 500.000,- € Altschulden zu tilgen wird erfüllt, weil gemäß Vorbericht zum Haushalt - Seite 22 - in diesem Jahr alleine 966.000,- € getilgt werden. Im kommenden Jahr werden es rd. 1 Mio. € sein.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>160101</b> Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft 1601010040 Gewerbesteuer 401300 Gewerbesteuer  <b>Ansatz 2009:</b> 51.000.000,00 <b>Amt: 20</b> <b>Ansatz 2010:</b> 51.800.000,00 <b>Ansatz 2011:</b> 52.700.000,00 <b>Ansatz 2012:</b> 53.500.000,00  <b>Antrag Nr. 17, 93</b>						-3.000.000 48.000.000		0 51.000.000								
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

**Antrag der dUH-Fraktion:**

Wegen der zunehmend erkennbaren Wirtschaftskrise sollte aus Gründen äußerster Vorsicht und Haushaltswahrheit nicht mehr davon ausgegangen werden, daß im Jahr 2009 eine Gewerbesteuereinnahme von 51.000.000,00 € auf den Konten der Stadt Hilden eingehen wird. Wie der Kämmerer in seiner Haushaltsrede am 17.12.2008 darlegte, ist die Summe von 51 Mio. € auch aus seiner Sicht optimistisch ermittelt. Die dUH geht von höchstens 48 Mio. € aus. Für den Haushaltsausgleich sollte erforderlichenfalls auf die Ausgleichsrücklage zugegriffen werden.

**Antrag der FDP-Fraktion:**

Der Hebesatz der Gewerbesteuer ist auf 395 Punkte abzusenken. Die Senkung des Hebesatz unter 400 Punkte ist ein klares Signal Hildens an die Wirtschaft. Beispiele anderer Städte zeigen, daß eine Senkung des Hebesatzes dank zunehmender Attraktivität des Standortes aufkommensneutral sein kann oder sogar zu steigenden Einnahmen führt.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion:**

Eine Senkung des Hebesatz würde zu einer Verschlechterung bei den Erträgen von jeweils 500.000,- € je Jahr führen. Aufgrund der Berechnung der Gewerbesteuerumlage ist in den ersten Jahren sogar mit einer Steigerung bei den Aufwendungen zu rechnen (neue Berechnung:  $50.500.000,- \text{ €} / 395 * 403$  fiktiver Hebesatz' \* Umlage - alte Berechnung: 51.000.000,- €) . Die Auswirkungen auf die Kreisumlage sind minimal.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:**

Aktuell gibt es keine Notwendigkeit den Ansatz bei der Gewerbesteuer incl. den zwangläufigen Änderungen bei den Gewerbesteuerumlagen anzupassen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>160101</b> Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft 1601019010 Vorkostentr. Zahlungsströme der allg. Finanzwir 544900 Wertkorrekturen zu Forderungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 20</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: <b>Antrag Nr. 77</b>										0		0				
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

## Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Zahlungsströme der allgemeinen Finanzwirtschaft“ gibt es einen Ansatz „Wertkorrekturen zu Forderungen“.

Diese Aufwendung betrug 2008 693.000 € und steigt ab 2009 bis 2012 auf 2.162.268 € pro Jahr. Wir bitten um Erläuterung dieses Ansatzes.

## Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Der Ansatz beim Sachkonto 544900 darf nicht isoliert betrachtet werden. Vielmehr muss auch die Ertragsituation berücksichtigt werden. Im vergangenen Jahr waren bei den Erträgen aus der Auflösung v. Niederschlagungen 500.000,- € im Ansatz (siehe Zeile 7 auf der Seite 581 im Haushalt) und auf der Aufwandsseite 693.000,- € (Unterschied 193.000,- €). Im lfd. Jahr sieht die geplante Entwicklung ähnlich aus. Auf der Ertragsseite stehen 1.918.890,- € und auf der Aufwandsseite 2.162.288,- € (Unterschied 243.398,- €). Diese Buchungen sind Ausfluss des Bruttoprinzipes. Wichtig ist somit der Unterschiedsbetrag.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>Divers</b> Diverse Produkte Diverse Diverse Kostenträger 54 Sachaufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 20</b> Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 103														0		
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

**Bürgerantrag:**  
 Prämien-Spar-Modell. Belohnung der verschiedenen Ressorts mit Spar-Prämien, um so den Anreiz für einen sorgsamen Umgang mit den Geldern zu schaffen. Die Messbarkeit einer Einsparung könnte man prozentual im Verhältnis zum Vorjahr erkennen und somit evtl. belohnen. Als Anreiz könnten Sachpreise, Reisen, Kultur-Karten, etc. gesponsert werden.

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Aktuell gibt es in der Verwaltung kein System wo eine Prämie gezahlt wird, wenn sich dieses alleine aus Vorjahreswerten ablesen würde. Dafür sind die Aufgaben zu vielfältig und unterscheiden sich auch von Jahr zu Jahr. Allerdings wurde verwaltungsintern ein System eingeführt, welches dann eine Prämie zahlt, wenn aufgrund einer guten Idee Kosten auf Dauer eingespart werden oder dem Bürger ein wesentlicher Vorteil ohne Kostensteigerung entsteht.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>Divers</b> Diverse Produkte Diverse Diverse Kostenträger 54 Sachaufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 20</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> Antrag Nr. 117														0 0		
Änderung Folgejahre																

Bürgerantrag:  
Überprüfung der Notwendigkeit der Posten "Zeitschriften, Literatur, Werbung, Büromaterial, etc."

Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:  
Für den Haushalt 2009 wurden bei diesen Haushaltspositionen pauschale Kürzungen in allen Produkten vorgenommen. Vorschlag wurde also bereits umgesetzt.

<b>Divers</b> Diverse Produkte Diverse Diverse Kostenträger 50 Personalaufwand  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 20</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> Antrag Nr. 118														0 0		
---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--------	--	--

Änderung Folgejahre

Bürgerantrag:  
Personalreduzierung bis 2011 um 2% bezogen auf die Anzahl der Mitarbeiter

Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:  
Der Umfang und die Qualifizierung des eingesetzten Personals wird bereits seit 2001 auf der Basis eines Personalmanagementkonzeptes permanent überprüft. So konnten in den letzten Jahren eine Vielzahl von Stellen abgebaut werden. Dieser Prozess wird selbstverständlich fortgesetzt. Der dennoch erfolgte Personalausbau ist durch zusätzliche Aufgaben und Vorgaben in den Bereichen Kindertagesstätten, Offene Ganztagschule und Feuerwehr bedingt.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>Divers</b> Diverse Produkte Diverse Diverse Kostenträger 5 Aufwendungen  <b>Ansatz 2009:</b> <b>Amt: 20</b> <b>Ansatz 2010:</b> <b>Ansatz 2011:</b> <b>Ansatz 2012:</b> <b>Antrag Nr. 121</b>														0 0		
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

**Bürgerantrag:**  
 Verbesserung der Kostenstruktur zahlreicher städtischer Einrichtungen verbessern. Errichtung selbsttragender Kostenstrukturen (Bäder, Sporthallen, Sportplätze, etc.)

**Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:**  
 Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) ist ein Wechsel vom Geldverbrauchskonzept zum Ressourcenverbrauchskonzept verbunden. Ziel ist es unter anderem, eine transparentere Kostenstruktur zu schaffen, die eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ermöglicht. Mit den eingerichteten Kostenträgern wird der Idee bereits Rechnung getragen, eine Verbesserung der Kostenstruktur zu erreichen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU Differenz neuer Ansatz	SPD Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>010604</b> Angebot von zentralen technischen Dienstle I0968Fhzg Fahrzeugbeschaffungen Amt 68 0106049010 Vorkostentr. Angebot von zentralen technischen <b>Ansatz 2009</b> 0,00 <b>Amt: 68</b> <b>Ansatz 2010</b> 0,00 <b>Ansatz 2011</b> 0,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 79, 142</b>						0 0	0 0	
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre

Erläuterung  
 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:  
 Bei der Anschaffung von Transport- und Nutzfahrzeugen wird die klimafreundlichste Alternative berücksichtigt. Wo es möglich ist, kommen Gasfahrzeuge zum Einsatz. Eine klimafreundliche Ausrichtung des Fuhrparks ist ein wichtiger Beitrag, dem Klimawandel entgegenzutreten.

Bürgerantrag:  
 Bei Neubeschaffung von Dienstwagen alle eine Nummer kleiner ordern - dabei Schadstoffausstoß beachten.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und dem Bürgerantrag:  
 Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entspricht der derzeitigen Beschlusslage der SV-Nr.: 68/031 "Berichterstattung Fahrzeuge" vom 25.09.2007, AZ.: IV/68.03.02.07 sowie der gängigen Handlungsweise entsprechend alljährlicher Ausführungen der Verwaltung u. a. in SV-Nr.: 68/042 "Auflistung für den Haushalt 2009 ff. über alle nach heutiger Planung zur Beschaffung anstehenden Fahrzeugen, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und Großgeräte, aufgrund Antrag Nr. 39 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2007", vom 01.09.2008, AZ.: IV/68.03.02.07.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011303</b> Neubaumaßnahmen I082600037 Zum Forsthaus 61 - Neubau Unterkunft Forstarb 0113030010 Investitionen						-130.000 0										
<b>Ansatz 2009</b>		130.000,00	<b>Amt: 26</b>			<b>2</b>										
Ansatz 2010		0,00	Dafür:	Dafür:	Dafür:	<b>17</b>	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
Ansatz 2011		0,00	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	<b>-</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
Ansatz 2012		0,00	Enth.:	Enth.:	Enth.:		Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:
<b>Antrag Nr. 04</b>																

Änderung Folgejahre 2010: +130.000,00 €

Erläuterung

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Ansatz für 2009 in Höhe von 130.000,00 € soll nach 2010 geschoben werden. Zwischenzeitlich soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken prüfen, ob das frei gewordene Gebäude nebst Freigelände des ehemaligen Bademeisterhauses nicht geeignet ist, bzw. mit vertretbarem Aufwand hergerichtet werden kann, um die Forstarbeiter entsprechend unter zu bringen. Die damit verbundenen Kosten sind zu ermitteln und in einer Sitzungsvorlage den zuständigen Gremien vorzustellen. Weitere Ausführungen sind dem Antrag Nr. 4 zu entnehmen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Nach Angabe der Forstverwaltung ist die Lage des Gebäudes am Waldschwimmbad absolut ungeeignet. Zwar wären die Wege in den Wald für die Forstarbeiter tatsächlich nicht weiter als heute, sie wären aber von Werkstatt, Lager und Büro im Forsthaus getrennt. Dadurch würden mehrmals täglich Fahrten zwischen den beiden Standorten nötig. Auch für den Ausbildungsbetrieb wäre eine Trennung ausgesprochen hinderlich. Zudem ist zu bedenken, dass Werkstatt und Lage gerade erst in den letzten Jahren neu geschaffen wurden. Im Übrigen müsste das Gebäude am Waldschwimmbad natürlich gegen Zahlung eines angemessenen Kaufpreises erworben und anschließend hergerichtet werden. Die Kosten würden den bislang geplanten Ansatz deutlich überschreiten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011303</b> Neubaumaßnahmen		-480.000				-400.000		-450.000						-500.000		
1082600034 Sanierung Fabriciushalle Lindenstr.		20.000				100.000		50.000						0		
0113030010 Investitionen																
<b>Ansatz 2009</b>	500.000,00		<b>Amt: 26</b>													
<b>Ansatz 2010</b>	548.500,00	Dafür:	<b>siehe</b>	Dafür:		<b>siehe</b>	Dafür:	<b>siehe</b>	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
<b>Ansatz 2011</b>	799.500,00	Dagegen:	<b>unten</b>	Dagegen:		<b>unten</b>	Dagegen:	<b>unten</b>	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
<b>Ansatz 2012</b>	0,00	Enth.:		Enth.:			Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	
<b>Antrag Nr. 05, 26, 100, 122</b>																

Änderung Folgejahre 2010: -548.500,00 €; 2011: -799.500,00 € (CDU, FDP und dUH)

Erläuterung

Antrag der dUH-Fraktion:

Auf die Sanierung der Fabricius Sporthalle ist zu verzichten. Aus Sicht der dUH ist der Neubau einer 3-fach Sporthalle an anderer Stelle wirtschaftlich sinnvoller. Die dafür erforderlichen Kosten sollten auf 4 Mio. € begrenzt werden. Weitere Erläuterungen und Ausführungen sind dem Antrag Nr. 5 zu entnehmen.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die im Finanzplan für die Sanierung der Fabriciushalle veranschlagten 500.000 € einschließlich der Folgeleistungen in 2010 werden gestrichen. Für Anstricharbeiten und Kleinreparaturen im Innenbereich werden 20.000 € zur Verfügung gestellt.

Antrag der FDP-Fraktion:

Es wird beantragt, lediglich einen Betrag von 50.000,00 € für die Renovierung der Fabriciushalle in den Haushalt aufzunehmen. Sämtliche Ansätze für die Sanierung sind zu streichen. Die Renovierung ist für die Fortführung des Sportbetriebes ausreichend. Über die Sanierung wird bei der Entscheidung über das gesamte Gelände einschließlich Schule neu beraten.

Bürgerantrag:

Fabriciushalle ist doch noch funktionstüchtig. Der Wegfall der Schule rechtfertigt nicht die Aufgabe und den Neubau an einem anderen Standort.

Hinweis der Verwaltung zu den Anträgen der CDU-, FDP, dUH-Fraktion und dem Bürgerantrag:

Auf Grund entsprechender Prüfaufträge wurde eine Machbarkeitsstudie zum Neubau einer Dreifachsporthalle im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales am 11.12.2008 vorgestellt und beraten. Mit der Versendung der Niederschrift zur Sitzung des Ausschuss für Schule, Sport und Soziales liegen alle Informationen vor, die eine abschließende Beratung und Entscheidung ermöglichen.

Ergebnis im Ausschuss für Schule Sport und Soziales: Ohne Abstimmung an den H+F (alle Anträge) verwiesen.

Ergebnis im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss: Ohne Abstimmung an den H+F (alle Anträge) verwiesen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU		SPD		dUH		FDP		BA		Bündnis 90/ Die Grünen		Bürger-anreg.		Ver-waltung	
	Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz	
011303 Neubaumaßnahmen		0			3.500.000											
10926neu5 Neubau Fabricius-Sporthalle		0			3.500.000											
0113030010 Investitionen																
<b>Ansatz 2009</b>	0,00	<b>Amt: 26</b>														
Ansatz 2010	0,00	Dafür: <b>siehe</b>	Dafür: <b>siehe</b>													
Ansatz 2011	0,00	Dagegen: <b>unten</b>	Dagegen: <b>unten</b>													
Ansatz 2012	0,00	Enth.:	Enth.:													
<b>Antrag Nr. 05, 32</b>																

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: unbekannt

Erläuterung

Antrag der dUH-Fraktion:

Auf die Sanierung der Fabricius Sporthalle ist zu verzichten. Aus Sicht der dUH ist der Neubau einer 3-fach Sporthalle an anderer Stelle wirtschaftlich sinnvoller. Die dafür erforderlichen Kosten sollten auf 4 Mio. € begrenzt werden. Weitere Erläuterungen und Ausführungen sind dem Antrag Nr. 5 zu entnehmen.

Antrag der CDU-Fraktion:

Soweit aus dem Konjunkturprogramm II Investitionsmittel für den Neubau einer Sporthalle erreicht werden können, sind die entsprechenden Anträge vorzubereiten. Hierbei ist auch der vorgeschlagene Standort an der Grünstraße nochmals zu überdenken und weitere Standorte im Holterhöfchen zu prüfen. Soweit eine Finanzierung aus dem Konjunkturprogramm II nicht möglich ist, soll eine Realisierung der Neubauplanung in den Jahren 2010/2011 angestrebt werden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH- und CDU-Fraktion:

Auf Grund entsprechender Prüfaufträge der CDU-Fraktion und dUH-Fraktion wurde eine Machbarkeitsstudie zum Neubau einer Dreifachsporthalle im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales am 11.12.2008 vorgestellt und beraten. Mit der Versendung der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales liegen alle Informationen vor, die eine abschließende Beratung und Entscheidung ermöglichen. Die Notwendigkeit eines Neubaus wurde ausführlich dargestellt. Auf die Sitzungsvorlagen 51/407 - Anregung gemäß § 24 GO NW des Stadtsportverbandes Hilden, des Boxringes 1950 e. V. und Turn- und Sportvereins Hilden 96 - Neubau einer Dreifachsporthalle - und auf die Sitzungsvorlage 26/105 - Fabricius-Sporthalle - Entscheidung über die weitere Vorgehensweise - wird verwiesen.

Ergebnis im Ausschuss Schule, Sport und Soziales und im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss: Ohne Abstimmung an den H+F (alle Anträge) verwiesen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>011303</b> Neubaumaßnahmen												25.000		0		
10926neu Photovoltaikanlage Helmholtz-Gymnasium u.a. G												25.000		0		
0113030010 Investitionen																
<b>Ansatz 2009</b>		0,00	<b>Amt: 26</b>									<b>einst.</b>				
Ansatz 2010		0,00	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:		Dafür:	Dafür:	Dafür:	
Ansatz 2011		0,00	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:		Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	
Ansatz 2012		0,00	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:		Enth.:	Enth.:	Enth.:	
<b>Antrag Nr. 82, 141</b>																

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderungen

Erläuterung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Stadt Hilden installiert jährlich eine Fotovoltaik-Anlage auf einem öffentlichen Gebäude. In 2009 wird auf dem Helmholtz-Gymnasium eine solche Anlage gebaut. Die Schule eignet sich durch ihre Lage gut für die Nutzung der Sonnenenergie. Die Nutzung und Erzeugung alternativer Energie ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Investitionen in Fotovoltaik-Technik können sich heute schon trotz sinkender Förderung in ca. 10 -15 Jahren amortisieren, da die Module preiswerter und leistungsstärker geworden sind.

Bürgerantrag:

Vermeehrt Sonnenenergie über Solaranlagen nutzen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und dem Bürgerantrag:

Bei entsprechender Beschlussfassung würde die Installation einer Fotovoltaikanlage in die Planungen der Baumaßnahme für das Helmholtz-Gymnasium aufgenommen. Nach der zunächst erforderlichen Ermittlung der entstehenden Kosten würde eine entsprechende überplanmäßige Ausgabe beantragt. Mit einer Inbetriebnahme ist im Jahre 2009 allerdings kaum zu rechnen, da nach den bisherigen Planungen zunächst u.a. die Dämmung der Dachfläche des Hauptgebäudes vorgesehen ist. Dabei wären die Befestigungspunkte einer Fotovoltaikanlage aber bereits zu berücksichtigen. Für die kommenden Jahre würde die Verwaltung für geeignete Objekte entsprechende Umsetzungsvorschläge unterbreiten.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU		SPD		dUH		FDP		BA		Bündnis 90/ Die Grünen		Bürgeranreg.		Verwaltung	
	Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz	
030104 Gymnasium		0														
10926neu4 Ersatz Container-Klassen Helmholtz-Gymnasium		0														
0301049010 Vorkostentr. Gymnasien																
<b>Ansatz 2009</b>	0,00	<b>Amt: 51</b>														
Ansatz 2010	0,00	Dafür: ohne	Dafür:	Dafür:												
Ansatz 2011	0,00	Dagegen: Abst.	Dagegen:	Dagegen:												
Ansatz 2012	0,00	Enth.: H+F	Enth.:	Enth.:												
<b>Antrag Nr. 23</b>																

Änderung Folgejahre 2010 - 2012:

Erläuterung

Antrag der CDU-Fraktion:

Unter Voraussetzung einer positiven Entscheidung, das Helmholtz-Gymnasium Hilden in eine Ganztagschule umzuwandeln und der Auswirkungen des Konjunkturprogramms II, wird die Verwaltung beauftragt, eine Planung für einen Ersatzbau der Container am Helmholtz-Gymnasium als Dauerlösung zu erstellen. Der Ganztagsschulbetrieb hat einen größeren Raumbedarf, daher ist der zunächst angedachte Wegfall der Räume in den Containern nicht möglich.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion:

Im Rahmen der beschlossenen Schulentwicklungsplanung wurde aufgezeigt, dass durch die Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien sich auch mittelfristig der Raumbedarf verringert. Die beiden angesprochenen Montageklassen wurden in den langfristig nutzbaren Raumbestand nicht mehr eingerechnet. Sie sollten allerdings bis 2013 noch für schulische Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Räume befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand. Von daher war ein Abriss im vergangenen Jahr vorgesehen, der auf Bitte der Schule verschoben wurde, da die Räume bis 2012 dringend benötigt werden. Nunmehr kommt hinzu, dass in den Jahrgängen fünf und sechs wieder fünf Parallelklassen eingerichtet werden mussten. Der Schulentwicklungsplan ist von einer Vierzügigkeit in der Sekundarstufe eins ausgegangen. Sollte sich diese stärkere Nachfrage etablieren, bestände mittelfristig kein Raumüberhang mehr. Hinzu kommt, dass die Schule ab 2010 sukzessiv in den Ganztagsbetrieb übergeführt werden soll. Auch dies war im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nicht absehbar und wurde danach auch nicht berücksichtigt. Von daher ist der Wunsch der Schule nachvollziehbar, den Pavillon durch einen Neubau zu ersetzen. Dadurch würde der Bedarf an Ganztagsräumen abgedeckt werden. Flexible Raumgrößen könnten eine Kleingruppenarbeit und Fördermaßnahmen ermöglichen.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>040601</b> Betreiben einer Stadtbücherei						-70.000										-55.000
1094100011 Neugestaltung und -möblierung EG Bücherei						0										15.000
0406019010 Vorkostentr. Betreiben einer Stadtbücherei																
<b>Ansatz 2009</b>		70.000,00														
<b>Amt: 41</b>																
<b>Ansatz 2010</b>		0,00	Dafür:	Dafür:	Dafür:	<b>siehe</b>	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	
<b>Ansatz 2011</b>		0,00	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	<b>unten</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	
<b>Ansatz 2012</b>		0,00	Enth.:	Enth.:	Enth.:		Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	
<b>Antrag Nr. 08</b>																

Änderung Folgejahre 2010: +70.000,00 € (Vorschlag dUH); 2010: +55.000,00 € (Verwaltung)

**Erläuterung**

**Antrag der dUH-Fraktion:**

Die Maßnahme erscheint nicht wirklich zwingend! Die bestehende Einrichtung kann auch unter veränderten "Betriebsbedingungen" durchaus noch ein weiteres Jahr verwendet werden. Außerdem steht in der Stadtbücherei ein Leitungswechsel an. Es erscheint durchaus zweckmäßig, der neuen Leitung Einflussmöglichkeiten bei der Gestaltung auch als Anreiz für eine Übernahme der Aufgabe zu gewähren.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:**

Es besteht dringender Erneuerungsbedarf für die Sitz- und Polstermöbel, die nach 15 Jahren Gebrauch bei einer sehr hohen Besucherfrequenz von annähernd 2,5 Mio. Besuchern stark abgenutzt sind und auch hinsichtlich Gestaltung und Funktionalität ersetzt werden müssen. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen waren ursprünglich insgesamt 115.000,-€ vorgesehen, die bereits intern auf 70.000,-€ reduziert worden sind. Verwaltungsseitig wird vorgeschlagen 15.000,-€ in 2009, 55.000,-€ in 2010 zu veranschlagen.

**Beschluss im Kulturausschuss am 11.02.2009:**

Die dUH-Fraktion zieht ihren Antrag zurück, zugunsten des Vorschlages der Verwaltung (siehe Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion).

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>060201</b> Förderung von Kindern und Jugendlichen I075100026 Jugendförderung -BGA und EDV 0602010010 Betreiben von Jugendzentren <b>Ansatz 2009</b> 11.975,00 <b>Amt: 51</b> <b>Ansatz 2010</b> 4.125,00 <b>Ansatz 2011</b> 0,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 12</b>			-6.975 5.000					
	Dafür:	Dafür:	Dafür: -	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen: <b>einst.</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.: -	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderungen

Erläuterung

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Standard für die Jugendförderung BGA und EDV ist nach bereits sehr hohen Aufwendungen im Jahr 2008 in Höhe von 18.300,00 € nun wieder auf ein "Normalmaß" zurück zu bringen. Die geforderten Maßnahmen müssen nicht alle gleichzeitig in 2009 angeschafft werden. Ohne Qualitätsverlust ist mit einem Investitionsvolumen von 5.000,00 € in 2009 gute und ordentliche Arbeit in den Jugendeinrichtungen möglich.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Im Rahmen einer internen Kürzung wurde der Ansatz bereits um eine Summe von 8.300 € auf die im Haushaltsplanentwurf genannte Summe von 11.974 € reduziert. Eine weitere Reduktion ist nicht möglich, da der verbleibende Betrag zur Wiederbeschaffung defekter Gegenstände / Geräte benötigt wird. Die Fachabteilung möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass vor allem die elektronischen Medien in fast allen Fällen weit über die normale Abschreibungsfrist hinaus genutzt werden. Zu den Neuanschaffungen zählen u.a. Elektronik zur Erstellung von Bildern für Banner, Plakate, Broschüren sowie Flyern. Zugleich werden alle Gegenstände in der offenen Kinder- und Jugendarbeit benötigt. Sie sind somit im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation und Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht entbehrlich. Zugleich ist der Einsatz dieser Gegenstände nicht auf den Einsatz in den Jugendeinrichtungen beschränkt, sondern erfolgt im Rahmen des gesamten Produktes 060201. Das bedeutet, auch für den Jugendschutz, das Kinder- und Jugendparlament, das Spielmobil, der Spielplatzbetreuer sowie alle Projekte partizipieren vom Einsatz der Güter. Die Benennung von Jugendeinrichtungen mit den Investitionsgütern beschreibt lediglich den Standort der Aufbewahrung (Heimatstandort).

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>090501</b> Grundstücksneuordnung und Grundstücksw 1076100001 Pauschale-Grundstückserwerb im Rahmen d. U 0905010010 Bodenordnungsverfahren (z.B. Umliegung) <b>Ansatz 2009</b> 306.720,00 <b>Amt: 61</b> Ansatz 2010 0,00 Ansatz 2011 0,00 Ansatz 2012 0,00 <b>Antrag Nr. 56</b>									-306.720 0							
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	2	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	17	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	-	Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2010 = +170.000,00 € Auszahlungen und +70.000,00 € Einzahlungen; 2011 = +80.000,00 €

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Die Mittel für die Umliegung können gestrichen werden, weil nach Angaben des Kämmerers keine Mittel für den Museumsneubau zur Verfügung stehen und zur planungsrechtlichen Sicherung einer Erweiterung des Museums zunächst eine Veränderungssperre verhängt werden könnte. Der Planung am Kronengarten hat die BA bis heute widersprochen. Deshalb lehnt sie auch die Mittelbereitstellung ab.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Der Rat der Stadt Hilden hat am 17.12.2008 mehrheitlich die Anordnung der Umliegung für den Bereich des Bebauungsplan Nr. 240 (Museum und Umgebung) beschlossen. Die Haushaltsmittel werden benötigt, um Grundstücke, die sich heute in Privateigentum befinden, ins Eigentum der Stadt Hilden zu übertragen. Hiermit soll eine Voraussetzung geschaffen werden, das Museum zu gegebener Zeit überhaupt erweitern zu können

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU Differenz neuer Ansatz	SPD Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>110202</b> Abfallwirtschaft I0968FHZG Fahrzeugbeschaffungen Amt 68 1102029010 Vorkostentr. Abfallwirtschaft  <b>Ansatz 2009</b> 0,00 <b>Amt: 68</b> <b>Ansatz 2010</b> 0,00 <b>Ansatz 2011</b> 0,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 88</b>						0 0		
Änderung Folgejahre  Erläuterung Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Bei der Anschaffung von Transport- und Nutzfahrzeugen wird die klimafreundlichste Alternative berücksichtigt. Wo es möglich ist, kommen Gasfahrzeuge zum Einsatz. Eine klimafreundliche Ausrichtung des Fuhrparks ist ein wichtiger Beitrag, dem Klimawandel entgegenzutreten.  Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entspricht der derzeitigen Beschlusslage der SV-Nr.: 68/031 "Berichterstattung Fahrzeuge" vom 25.09.2007, AZ.: IV/68.03.02.07 sowie der gängigen Handlungsweise entsprechend alljährlicher Ausführungen der Verwaltung u. a. in SV-Nr.: 68/042 "Auflistung für den Haushalt 2009 ff. über alle nach heutiger Planung zur Beschaffung anstehenden Fahrzeugen, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und Großgeräte, aufgrund Antrag Nr. 39 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2007", vom 01.09.2008, AZ.: IV/68.03.02.07.								

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>110302</b> Stadtentwässerung I086600113 Ahornweg - RWK-Sanierung 1103020010 Abwassernetz  <b>Ansatz 2009</b> 80.000,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010</b> 0,00 <b>Ansatz 2011</b> 0,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 13</b>			-80.000 0					
	Dafür:	Dafür:	Dafür: -	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen: 19	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.: -	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2010: +80.000,00

Erläuterung

Antrag der dUH-Fraktion:

Die bei der Kanal-TV-Untersuchung festgestellten Schäden ergeben kurz- bis mittelfristigen Handlungsbedarf. Der Kanal ist 40 Jahre alt, bei einer vorgesehenen Nutzungszeit von 50 - 80 Jahren. Wegen fehlender Haushaltsmittel sollte die Schadensbeseitigung verbindlich 2010 erfolgen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Die Aufnahme der Maßnahme RWK-San. Ahornweg in das RWK-Sanierungsprogramm für 2009 erfolgte auf Grundlage einer aktualisierten Kanal-TV-Aufnahme von 2006. Hier wurden Schäden festgestellt, insbesondere massive Betonkorrosion in der Sohle, die nach den derzeit gültigen Klassifizierungsrichtlinien punktuell sofortigen bis kurzfristigen Handlungsbedarf hervorrufen. Jede weitere Beanspruchung durch starke Regenfälle und Reinigungsarbeiten verursacht eine Verschlechterung der Schadensbilder. Eine Verschiebung der Maßnahme kann durch das Fachamt, sowohl aus Sicht einer negativen Schadensentwicklung als auch aus Sicht der Erfüllung einer pflichtgemäßen Abwasserbeseitigung, nicht befürwortet werden. Die Finanzierung ist im Rahmen der Gebührenerhebung gesichert. Die Höhe der zu berücksichtigenden Abschreibung wird im Jahr nur 1793,- Euro betragen, was sich in der Gebühr nicht besonders bemerkbar machen wird.

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>110302</b> Stadtentwässerung I076600012 Auf der Hübben - RWK-Sanierung und Neubau 1103020010 Abwassernetz		0 207.000			-207.000 0			
<b>Ansatz 2009</b> 207.000,00 <b>Amt: 66</b>								
Ansatz 2010 0,00	Dafür:	Dafür: <b>16</b>	Dafür:	Dafür:	Dafür: <b>2</b>	Dafür:	Dafür:	Dafür:
Ansatz 2011 0,00	Dagegen:	Dagegen: <b>1</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen: <b>17</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
Ansatz 2012 0,00	Enth.:	Enth.: <b>2</b>	Enth.:	Enth.:	Enth.: <b>-</b>	Enth.:	Enth.:	Enth.:
<b>Antrag Nr. 60</b>								

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderung

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Die von der Stadt angestrebte Ausbauvariante wird von vielen Anwohner/innen nicht für erforderlich gehalten. Die Maßnahme sollte in 2009 ganz entfallen und erst dann wieder etatisiert werden, wenn ein Konsens zwischen Stadt und Betroffenen herbeigeführt worden ist

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Notwendigkeit der Maßnahme kann nicht in Abhängigkeit von einem Konsens mit den Anwohnern gesehen werden. Die 2005 erfolgte Kanal-TV-Untersuchung weist für die bestehenden Haltungen in der Hochdahler Str. und im westl. Abschnitt der Straße "Auf der Hübben" Schadensbilder aus, die einen kurzfristigen Sanierungsbedarf begründen.

Es wurden Schäden festgestellt, insbesondere massive Betonkorrosion in der Sohle, die nach den derzeit gültigen Klassifizierungsrichtlinien punktuell sofortigen bis kurzfristigen Handlungsbedarf hervorrufen. Jede weitere Beanspruchung durch starke Regenfälle und Reinigungsarbeiten verursacht eine Verschlechterung der Schadensbilder.

Eine Verschiebung der Maßnahme kann durch das Fachamt, sowohl aus Sicht einer negativen Schadensentwicklung, als auch aus Sicht der Erfüllung einer pflichtgemäßen Abwasserbeseitigung nicht befürwortet werden.

Im weiteren Abschnitt bis zur Biesenstr. erfolgt derzeit die Straßenentwässerung hauptsächlich zwei Versickerungsschächte, die nicht mehr den wasserrechtlichen Anforderungen entsprechen. Insoweit duldet die Rechtslage auch keinen weiteren Aufschub.

Antrag der SPD-Fraktion gestellt am 04.02.2009 im Stadtentwicklungsausschuss:

Im Haushalt ist bei der betreffenden Investition ein Haushaltsvermerk HV 6 anzubringen.

Produkt	C D U		S P D		d U H		F D P		B A		Bündnis 90/ Die Grünen		Bürger-anreg.		Ver-waltung	
	Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz	
120101 Verkehrsflächen und Brücken								0		0						
1076600042 Hoffeldstraße -nachmalige Herstellung							0		0							
1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen																
<b>Ansatz 2009</b>	0,00	<b>Amt: 66</b>						<b>4</b>		<b>4</b>						
Ansatz 2010	611.000,00		Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	<b>4</b>	Dafür:	<b>4</b>	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
Ansatz 2011	0,00		Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	<b>15</b>	Dagegen:	<b>15</b>	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
Ansatz 2012	0,00		Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	-	Enth.:	-	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:
<b>Antrag Nr. 66, 98</b>																

Änderung Folgejahre 2011: -611.000,00 € (FDP und BA)

Erläuterung  
**Antrag der BA-Fraktion:**  
 Die von der Stadtverwaltung gegen die gutachterlich untermauerten Bedenken, Anregungen und Berechnungen der Anwohner/innen favorisierte "nachmalige" Herstellung der Hoffeldstraße muss grundsätzlich neu überdacht werden. Dafür Beiträge von mehr als 600.000 € von den Anwohner/innen zu verlangen, wird von der BA abgelehnt. Neue Planungen und neue Berechnungen müssen her!

**Antrag der FDP-Fraktion:**  
 Es wird beantragt, den Haushaltsansatz für die nachmalige Herstellung der Hoffeldstr. zu streichen. Aufgrund eines von den Anwohnern in Auftrag gegebenen Gutachtens stellt sich der Sachverhalt für die Planungen völlig anders dar. Eine grundlegende Neuberechnung sowie eine erneute Beratung über die Angelegenheit ist nötig.

**Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA- und FDP-Fraktion.**  
 Über 2 Sitzungsvorlagen für den STEA am 18.3.08 wird deutlich dargestellt, dass der Unterschied in der Bewertung des Gutachters der Interessengemeinschaft Hoffeldstr und der Verwaltung nur gering ist. Ein Ansatz für neuerliche Straßensanierungsplanungen ist daher nicht erkennbar. Ergänzend ist noch darauf hinzuweisen, dass nach den gesetzlichen Bestimmungen des KAG NRW der wirtschaftliche Sondervorteil der nachmaligen Herstellung einer Erschließungsanlage ausschließlich den Anliegern zu Gute kommt. Insofern verbietet sich die Inanspruchnahme allgemeiner Haushaltsmittel. Eine Refinanzierung in Form der Erhebung von Straßenbaubeiträgen wäre mithin zwingend.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
120101 Verkehrsflächen und Brücken								9.000
10966neu3 Dialog-Display (Geschwindigkeits								9.000
1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen								
<b>Ansatz 2009</b> 0,00 <b>Amt: 66</b>								<b>einst.</b>
Ansatz 2010 0,00	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
Ansatz 2011 0,00	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
Ansatz 2012 0,00	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:
Antrag Nr.								
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderung								
<p>Erläuterung Hinweis der Verwaltung: Das Kinderparlament hat in seiner Sitzung am 02.12.2008 beschlossen, daß ein weiteres Dialog-Display (Geschwindigkeitsmessgerät mit Displayanzeige analog Gerresheimer Str. auf Höhe des Schulzentrums) angeschafft werden soll. Um dieses Gerät mobil einsetzen zu können, ist die Installation auf einem Anhänger notwendig.</p>								

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken						-17.500		0								
1096600136 Lichtzeichenanlage - Auf dem Sand/Herderstraß						0		17.500								
1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen																
<b>Ansatz 2009</b>		17.500,00	<b>Amt: 66</b>													
<b>Ansatz 2010</b>		69.000,00		Dafür:		8		-	Dafür:				Dafür:			Dafür:
<b>Ansatz 2011</b>		0,00		Dagegen:		11		19	Dagegen:				Dagegen:			Dagegen:
<b>Ansatz 2012</b>		0,00		Enth.:		-		-	Enth.:				Enth.:			Enth.:
<b>Antrag Nr. 14, 96</b>																

Änderung Folgejahre 2010: -69.000,00 € (BA-Fraktion)

Erläuterung

Antrag der dUH-Fraktion:

Um die "Unfallhäufigkeit" an der Kreuzung Auf dem Sand/Herderstraße zu reduzieren, sind zunächst andere Möglichkeiten als der Bau einer Lichtzeichenanlage aufzuzeigen, die geeignet sind oder sein können, an dieser Stelle Unfälle zu vermeiden. In einer Sitzungsvorlage ist außerdem darzustellen, wie viele meldepflichtige Verkehrsunfälle im hier genannten Kreuzungsbereich in den Jahren 2006, 2007 und 2008 und mit welchen Schäden und Konsequenzen verursacht wurden.

Antrag der FDP-Fraktion:

Die VE von 65.000,- Euro Ampelanlage "Auf dem Sand/Herderstr." (V096600136) soll entfallen. Zunächst ist die Unfallstatistik zu prüfen und die Alternative eines Zebrastreifens in Betracht zu ziehen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Die Alternative zur Lichtzeichenanlage wäre die Anlage eines "kleinen Kreisverkehrs". Ein Vorentwurf hierfür wurde erarbeitet. Bedauerlicherweise scheiterte dieses Vorhaben am hierzu notwendigen Grunderwerb, der durch das Planungsamt nicht erreicht werden konnte. Über einen sog. "Minikreisel", der nur vorhandene Verkehrsflächen beansprucht, wird das Verkehrsaufkommen, insbesondere mit einem starken Anteil von LKW/Lzug/Bus, vermutlich noch weniger sicher als heute, abgewickelt. Bei der heutigen Situation hat vor allem der Fußgänger am Tage nur eingeschränkt die Möglichkeit, halbwegs sicher die Straße Auf dem Sand im Kreuzungsbereich zu queren. Das Unfallgeschehen wird bei der Polizei angefordert und im Fachausschuss mitgeteilt.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1076600040 Straßenausbau Grabenstraße 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen <b>Ansatz 2009</b> 25.000,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010</b> 0,00 <b>Ansatz 2011</b> 549.000,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 15</b>			-25.000 0					
	Dafür:	Dafür:	Dafür: -	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen: 18	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.: 1	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2010: +25.000,00 €; 2011: -549.000,00 €; 2012: +549.000,00 €

Erläuterung

Antrag der dUH-Fraktion:

Aufgrund des Gesamtzustandes und der Frequentierung der Grabenstraße ist der vorgesehene Ausbau nicht mit vorderster Priorität zu betrachten. Wegen fehlender Haushaltsmittel ist die Maßnahme um mindestens ein Jahr zu schieben.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Beide Straßen sind in dem "Straßenbaurahmenprogramm 2005-2009", welches der Stadtentwicklungsausschuss am 08.09.2004 zugestimmt hat, enthalten. Dem ist auch zu entnehmen, dass beide Straßenbaumaßnahmen schon um Jahre verzögert sind. Deren Zustand wird vermutlich, insbesondere bei weiteren Frostperioden wie in den vergangenen Wochen, zusehends schlechter, so dass die knappen Unterhaltungsmittel für die Straßen unnötig verbraucht werden.

Produkt	C D U		S P D		dUH		FDP		BA		Bündnis 90/ Die Grünen		Bürgeranreg.		Verwaltung	
	Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz		Differenz neuer Ansatz	
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken					-83.000		-83.000		-83.000					-83.000		
1076600047 Schönholz - Straßenausbau (westl. Abschnitt)					0		0		0					0		
1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen																
<b>Ansatz 2009</b>	83.000,00															
<b>Amt: 66</b>																
Ansatz 2010	0,00															
Ansatz 2011	0,00															
Ansatz 2012	0,00															
<b>Antrag Nr. 16, 68, 92, 106</b>																

Änderung Folgejahre 2010: +83.000,00 € (dUH und BA)

Erläuterung  
 Antrag der dUH-Fraktion: Im Haushaltsentwurf werden keinerlei Ausführungen über die Notwendigkeit der Maßnahme dargestellt. Die Straße selbst ist eine Seitenstraße der Straße Kalstert und endet als Sackgasse. Sie stellt sich optisch einwandfrei dar. Die am Schönholz befindlichen Einrichtungen des BRW werden über den vorderen gut erhaltenen Teil der Straße erreicht, im hinteren Teil ist die Straße Schönholz als "Spielstraße" ausgebaut. Die Verkehrsbelastung ist gering und wird überwiegend nur von Anliegern angefahren. Insgesamt gibt es in Hilden mehrere Straßen die sich in einem wesentlich schlechteren Zustand befinden als die Straße Schönholz. Wegen fehlender Haushaltsmittel ist das von der Verwaltung beabsichtigte Vorhaben um mindestens ein Jahr zu schieben.  
 Antrag der BA-Fraktion: Die Mittel für den Ausbau des westlichen Straßenabschnitts sollten erst dann veranschlagt werden, wenn der für 2012 vorgesehene Ausbau des östlichen Straßenabschnitts ansteht. Statt scheinbar vorzugehen, sollte diese Straße aus einem Guss ausgebaut werden.  
 Antrag der FDP-Fraktion: Die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Straße Am Schönholz ist aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens nicht gegeben. Die Maßnahme entspricht auch nicht dem Willen der Anwohner. Der Haushaltsansatz ist zu streichen.  
 Bürgerantrag: Auf den Ausbau der Straße "Schönholz" verzichten. Dieses dient nur dazu, dass am Rande eines Naturschutzgebietes der Verkehr und die damit entstehende Beeinträchtigung für Natur und Anwohner zunehmen.  
 Hinweis der Verwaltung zu den Anträgen der dUH-, BA-, FDP-Fraktion und Bürgerantrag:  
 Beide Straßenabschnitte der Straße Schönholz , westlicher sowie östlicher Abschnitt, sind in dem "Straßenbaurahmenprogramm 2005-2009", welches der Stadtentwicklungsausschuss am 08.09.2004 zugestimmt hat, enthalten. Dem ist auch zu entnehmen, dass beide Straßenbaumaßnahmen (westl. Abschnitt in 2006 / östl. Abschnitt in 2009) schon um Jahre verzögert sind. Deren Zustand wird vermutlich, insbesondere bei weiteren Frostperioden wie in den vergangenen Wochen, zusehends schlechter, so dass die knappen Unterhaltungsmittel für die Straßen unnötig verbraucht werden. Eine zeitlich getrennte Herstellung der Straßenabschnitte, wie bislang geplant, führt nicht zu Qualitätsverlusten in dem vorab hergestellten westl. Abschnitt, da dieser als Sackgasse von dem Baustellenverkehr östl. Abschnitt nicht tangiert wird. Sie hat keine vernünftige Oberflächenentwässerung (das Regenwasser der Straße läuft in Privatgärten) und teilweise besteht die Straßenbefestigung nur aus Schotter. Auf der Basis der durchgeführten Bürgerinformation in 2008 wurde die Planung exakt entsprechend der Anliegerwünsche geändert. Aus refinanzierungstechnischer Sicht bleibt festzuhalten, dass die beiden Straßenäste in keinem sachlichen Zusammenhang zu sehen sind.

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken		200.000														200.000
1086600106 Bahnhofsvorplatz - Umgestaltung		200.000														200.000
1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen:																
<b>Ansatz 2009</b>	0,00		<b>Amt: 66</b>													
<b>Ansatz 2010</b>	0,00															
<b>Ansatz 2011</b>	0,00															
<b>Ansatz 2012</b>	0,00															
<b>Antrag Nr. 30, 120, 124</b>																

Änderung Folgejahre 2010: +278.000,00 (Verwaltung und CDU)

Erläuterung

Antrag der CDU-Fraktion:

Die für die Realisierung der vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Umgestaltungsvariante des Bahnhofsvorplatzes erforderlichen Haushaltsmittel sind in den Finanzplan für 2009 einzustellen. Soweit die Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II finanziert werden können, sind lediglich die entsprechenden Vorplanungen zu erstellen, um die Mittel beantragen zu können.

Bürgerantrag:

1. Kosten für den Ausbau des Vorplatzes am Bahnhof um 50% senken. Hilden ist kein Fremdenverkehrsort.
2. Bahnhofsvorplatz mit Kulturpfad und Skulpturen planen und keine weiteren Bäume fällen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion.

Im STEA am 10.12.08 wurde die Vorentwurfsplanung zum Bahnhofsvorplatz (SV 66/148) beraten und die Verwaltung beauftragt, Unterlagen nach §14 GemHVO für die Baustufe 1a zum Haushalt 2009 kurzfristig vorzulegen. Diesen Auftrag setzt die Verwaltung um. Die oben genannten Mittel entsprechen den Gesamtkosten inkl.

Kulturpfad. Sollten Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II für diese Maßnahme gezahlt werden, reduziert sich der Ansatz entsprechend.

Der Betrag wurde entsprechend der Unterlagen nach § 14 GemHVO angepasst. In 2009 wird eine VE in Höhe von 278.000,00 € für 2010 eingestellt.

Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:

Von den geplanten Kosten ist eine theoretische Einsparung denkbar. Praktisch und technisch ist diese Kostenreduzierung jedoch nur nach einer vollständigen Änderung der bisherigen Planung machbar. Statt der ursprünglich vorgesehenen Fällung von drei Bäumen muss jetzt nur noch ein Baum gefällt werden. Der Kulturpfad ist weiterhin vorgesehen.

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken I086600128 Dr.-Ellen-Wiederhold-Platz 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen <b>Ansatz 2009</b> 0,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010</b> 0,00 <b>Ansatz 2011</b> 2.200.000,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 64</b>						0 0		
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	2	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	16	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	1	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011: -2.200.000,00 €

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Streichung der Verpflichtungsermächtigung für den Umbau des Ellen-Wiederhold-Platzes und Neuplanung der Maßnahme ("Abspecken").

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Im Zusammenhang mit Beschluss zum dem Bebauungsplan 73A hat der Rat auch einem Durchführungsvertrag mit der Sparkasse HRV zugestimmt. Darin hat sich die Sparkasse verpflichtet u.a. den Dr. Ellen-Wiederhold-Platz umzubauen. Die Baukosten gehen nach diesem Vertrag zu Lasten der Stadt. Eine Vorentwurfsplanung wurde bereits vom STEA zustimmend zur Kenntnis genommen. Auf dieser Basis läuft derzeit die Entwurfsplanung, welche dem STEA zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Ohne Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt kann das Projekt nicht weiter bearbeitet werden. Mit der Sparkasse HRV wäre über eine Anpassung des gültigen Vertrages zu verhandeln.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	d U H Differenz neuer Ansatz	F D P Differenz neuer Ansatz	B A Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 1076600025 Am Kronengarten - Straßenausbau 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen <b>Ansatz 2009</b> 8.000,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010</b> 325.000,00 <b>Ansatz 2011</b> 0,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 65</b>					-8.000 0			
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:
					3 15 1			

Änderung Folgejahre 2010: -325.000,00 €

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Die Straßenausbau zur Umsetzung der von zahlreichen Anwohner/innen abgelehnten Gesamtplanung sollte vorerst unterbleiben.

Neue Planungen müssen erstellt werden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

In der Tat sollte der Straßenbau Am Kronengarten erfolgen, wenn die Entwicklung der Bebauung im wesentlichen feststeht. Aus der Kenntnis der zukünftigen baulichen Entwicklung (in 08/2008) sind die Zeitvorstellungen für die Straßenplanung in 2009 und den Ausbau in 2010 seitens IV/66 entstanden.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU Differenz neuer Ansatz	SPD Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 10966diver Diverse Straßenbaumaßnahmen 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen <b>Ansatz 2009</b> <b>Amt: 66</b> Ansatz 2010 Ansatz 2011 Ansatz 2012 <b>Antrag Nr. 112</b>	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	0 0 Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:
Änderung Folgejahre								
<p>Erläuterung                      Bürgerantrag:                      Straßensponsoring - Ähnlich dem Beispiel "Pro-Active-Platz" könnten weitere Firmen die Sanierungskosten übernehmen und im Gegenzug wird die Straße nach Wunsch der Firma benannt.</p> <p>Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag:                      Die Straßenbaukosten wurden nicht durch die CIV übernommen. Lediglich die Kosten für die Grüninsel im Kreisverkehr wurden getragen. Aus planungsrechtlicher Sicht ist ein Straßensponsoring mit einhergehender Straßennamensänderung nicht überall machbar. In der Regel werden die Straßenbaukosten zum Teil über die Erschliessungskosten gefinanziert.</p>								

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	d U H Differenz neuer Ansatz	F D P Differenz neuer Ansatz	B A Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken 10966neu4 Sanierung Baustraße 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen <b>Ansatz 2009</b> 0,00 <b>Amt: 66</b> <b>Ansatz 2010</b> 0,00 <b>Ansatz 2011</b> 0,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00 <b>Antrag Nr. 133</b>							0 0	
Änderung Folgejahre Erläuterung Bürgerantrag: Zustand der Baustraße ist seit Jahren unerträglich. Zusammengeflickte Fahrbahndecke. Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag: Dieser Feststellung wird zugestimmt. Eine reine Fahrbahndeckensanierung reicht in diesem Falle nicht aus, um eine dauerhafte Lösung herzustellen. Da in diesem Bereich ebenfalls eine Kanalsanierung durchgeführt werden muss, wurde versucht diese zwei Arbeiten zusammenzulegen, um die Beeinträchtigung für den Verkehr und die Anwohner so gering wie möglich zu halten. In Abhängigkeit vom Zustand des Kanals wird die Sanierung mittelfristig durchgeführt werden.								

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	d U H Differenz neuer Ansatz	F D P Differenz neuer Ansatz	B A Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>120101</b> Verkehrsflächen und Brücken I0966neu5 Kreisverkehrsanlagen Stadtgebiet 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen <b>Ansatz 2009</b> 0,00 <b>Amt: 66</b> Ansatz 2010 0,00 Ansatz 2011 0,00 Ansatz 2012 0,00 <b>Antrag Nr. 134</b>							0 0	
Änderung Folgejahre Erläuterung Bürgerantrag: Umbau von Kreuzungsanlagen auf Kreisverkehre, um die Kosten für teure Ampelanlagen zu sparen und den Verkehr zu "verflüssigen". Hinweis der Verwaltung zum Bürgerantrag: In Hilden wurden in den letzten Jahren bereits 5 Kreisverkehre gebaut. Im Verkehrsentwicklungsplan sind noch weitere Kreisverkehre enthalten, die in den nächsten Jahren realisiert werden. Bei jeder Sanierungsmaßnahme, die im Bereich von Kreuzungen mit Ampelanlagen stattfinden soll, wird vorab die Machbarkeit eines Kreisverkehrs untersucht und gegebenenfalls umgesetzt.								

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>130101</b> Grünflächen, Spielplätze und Fließgewässer								
1076600001 Ausbau Lagerplatz auf dem Nordfriedhof						0		198.000
1301010050 Außenanlagen an Gebäuden						0		198.000
<b>Ansatz 2009</b>	0,00							
<b>Amt: 66</b>								
<b>Ansatz 2010</b>	198.000,00	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
<b>Ansatz 2011</b>	0,00	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
<b>Ansatz 2012</b>	0,00	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:
<b>Antrag Nr. 69</b>								

Änderung Folgejahre 2010 = -198.000,00 € (Verwaltungsvorschlag)

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

In 2003 wurde der Lagerplatz am Nordfriedhof angeblich nicht mehr benötigt, die Fläche wurde verkauft. Wenige Jahre später sollen für den Ausbau eines Lagerplatzes fast 200.000 € bereitgestellt werden. Diese Summe ist von der Stadtverwaltung nicht ausreichend begründet. Die Streichung der Mittel in der Finanzplanung wird deshalb beantragt.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Seitens des Zentralen Bauhofes wurde stets darauf hingewiesen, dass der Lagerplatz zu Betriebszwecken benötigt wird. Diese Notwendigkeit hat sich bis heute nicht geändert.

Die Ausführungen der SV IV-2-180 vom 23.08.03 sind immer noch zutreffend. Bei einer Ortsbesichtigung am 17.09.03 konnte sich der STEA überzeugen, dass ein Lagerplatz erforderlich ist. Das bisher genutzte Areal wird nun zum 31.12.2009 vom neuen Eigentümer in Anspruch genommen. Bis zu diesem Zeitpunkt, muss ein adäquater Ersatz bereit gestellt sein, um den laufenden Betrieb zu gewährleisten. Die bisherige zeitliche Planung ändert sich dadurch.

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU Differenz neuer Ansatz	SPD Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
<b>130601</b> Bestattungswesen I0968FHZG Fahrzeugbeschaffungen Amt 68 1306019010 Vorkostentr. Bestattungswesen  <b>Ansatz 2009</b> 0,00 <b>Amt: 68</b> <b>Ansatz 2010</b> 0,00 <b>Ansatz 2011</b> 0,00 <b>Ansatz 2012</b> 0,00  <b>Antrag Nr. 90</b>						0 0		
Änderung Folgejahre								
Erläuterung Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Bei der Anschaffung von Transport- und Nutzfahrzeugen wird die klimafreundlichste Alternative berücksichtigt. Wo es möglich ist, kommen Gasfahrzeuge zum Einsatz. Eine klimafreundliche Ausrichtung des Fuhrparks ist ein wichtiger Beitrag, dem Klimawandel entgegenzutreten.  Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entspricht der derzeitigen Beschlusslage der SV-Nr.: 68/031 "Berichterstattung Fahrzeuge" vom 25.09.2007, AZ.: IV/68.03.02.07 sowie der gängigen Handlungsweise entsprechend alljährlicher Ausführungen der Verwaltung u. a. in SV-Nr.: 68/042 "Auflistung für den Haushalt 2009 ff. über alle nach heutiger Planung zur Beschaffung anstehenden Fahrzeugen, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und Großgeräte, aufgrund Antrag Nr. 39 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2007", vom 01.09.2008, AZ.: IV/68.03.02.07.								

### Stellungnahme der Verwaltung zu Änderungsantrag 06 und 48:

Im Produktplan des Jahres 2007 war letztmalig ein Übertrag aus der Budgetierung des Haushaltsjahres 2006 i. H. von 14.398 € enthalten. Dieser Übertrag, der durch Mehreinnahmen und Minderausgaben im Jahr 2006 erzielt wurde und zu 80 % ins Folgejahr 2007 übertragen wurde, führte zu einem höheren Kostendeckungsgrad bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten. Seit der Einführung von NKF, 01.01.07, wurden diese Überträge aus dem Vorjahr nicht mehr vorgenommen.

Um die Transparenz innerhalb des Produktes 040103 Kulturelle Veranstaltungen zu erhöhen, wurde für den Haushalt 2009 seitens des Fachamtes für die angebotenen Kulturbusreisen zur Deutschen Oper am Rhein Düsseldorf und zum Freilichttheater in Xanten ein separater Kostenträger eingerichtet unter der Ertragsart „Sonstige Benutzungsgebühren/Entgelte (privatrechtlich)“. Die Kulturbusreisen wurden bisher unter der Ertragsart „Entgelte Theater/Konzertabonnements“ veranschlagt.

Diese von der Sache her richtige neue Zuordnung der Einnahmen aus dem Ticket-Verkauf dieser Kulturbusreisen hat eine Verschiebung eines Betrages i. H. v. 8.500 € von der Ertragsart „Entgelte Theater/Konzertabonnements“ hin zur Ertragsart „Sonstige Benutzungsgebühren/Entgelte“ zur Folge. Diese ist demzufolge in 2009 entsprechend höher im Vergleich zum Jahr 2008 ausgewiesen.

Für das Ertragsergebnis **insgesamt** ergibt sich hierdurch keine Änderung.

Eine Verringerung der Besucherzahlen liegt **nicht** vor, weil seit der Abgrenzung der Produkte Kulturelle Veranstaltungen und Kulturelle Förderung diese beiden Bereiche separat betrachtet werden. Die Förderprojekte mit Kooperationspartnerinnen und -partnern, die das Kulturamt finanziell unterstützt aber keine Einnahmen erzielt, werden seit 2008 im Produkt 040201 Kulturelle Förderung dargestellt. Besucher dieser Förderprojekte wurden daher aus dem Produkt Kulturelle Veranstaltungen herausgerechnet, wo sie bislang dokumentiert wurden. Dies hatte im Produkt Kulturelle Veranstaltungen eine Verringerung der Besucherzahl zur Folge. Um hier auch die erforderliche Transparenz zu erzielen, werden diese Besucherzahlen des Produktes Kulturelle Förderung, die Ende 08 vorlagen, noch in den Haushalt 2009 eingepflegt.

Ein höherer Aufwandsdeckungsgrad wird seitens des Fachamtes für jede Veranstaltungsreihe angestrebt. Es wird ständig an der Verbesserung und Effizienzsteigerung der Werbung und des Verkaufs von Eintrittskarten zu städtischen Kulturveranstaltungen gearbeitet. Bei der Veranstaltungsauswahl werden die Wünsche der Besucherinnen und Besucher weitestgehend berücksichtigt, die z.B. in den jährlich stattfindenden Besucherumfragen der Abo-Reihen A und B ermittelt werden.

Seit mindestens 4 Theaterspielzeiten Jahren lässt sich erfreulicherweise eine ständige Steigerung im Abo-Bereich darstellen: 2005/2006 665 Abonnenten, 2008/2009 709 Abonnenten (bei einer Platzauslastung der Stadthalle Hilden von 735 Plätzen).

Gleichwohl ist in den zurückliegenden Jahren ebenfalls kontinuierlich leider eine Erhöhung der Kosten festzustellen, die in allen im Zusammenhang mit der Veranstaltungsplanung stehenden Bereichen, (im Honorarbereich der Kulturveranstaltungen, bei der Stadthallen-Miete, im Technik- und im Werbebereich) anfallen. Diese Kosten werden nach NKF dem jeweiligen Kostenträger zugeordnet und spiegeln sich im Kostendeckungsgrad und in der geplanten Höhe der Zuschussbedarfe der kommenden Jahre wider.

Unter dem Gesichtspunkt der Kundenakzeptanz wird das kulturelle Angebot kontinuierlich kritisch geprüft, und mit dem zur Verfügung stehenden Werbebudget möglichst effizient vermarktet.

### Stellungnahme der Verwaltung zu Änderungsantrag 07:

Der niedrigere Aufwandsdeckungsgrad in 2008 im Vergleich zu 2007 ergab sich durch eine Gebührenerhöhung um ca. 4,5% und sehr geringe Krankheitsausfälle, die mit zusätzlichen Honoraren vertreten werden mussten. Das Rechnungsergebnis von 2007 wird im vorliegenden Antrag mit dem Ansatz und nicht mit dem Rechnungsergebnis von 2008 verglichen, was dem tatsächlichen Verlauf nicht gerecht wird. Das Rechnungsergebnis für 2008 liegt noch nicht vor.

Im Vergleich von 2007 zu 2009 ist die Steigerung des Ergebnisses mit 3,1% für 2008 (zuzüglich von Festbeträgen) und 2,8% für 2009 (zuzüglich von Festbeträgen) auf tarifbedingte Erhöhungen zurückzuführen. Eine weitere Steigerung ergibt sich durch Mehrzahlung für zurückkehrende Erziehungsurlauberinnen (Angestellte), die bisher durch Honorarkräfte günstig vertreten werden konnten.

Darüber hinaus enthält der Ansatz für 2009 die Aufwendungen für eine beantragte ½ Stelle, die den übermäßig anwachsenden Verwaltungsaufwand in der Musikschule auffangen soll.

Der Rat hat mit seinem Beschluss, „JeKi“ als Kooperation zwischen der Musikschule und den Grundschulen in Hilden durchzuführen die Verantwortung für eine beispielhafte Bildungsoffensive übernommen und gemeinsam mit der Stadt, der Stiftung und privaten Geldgebern in die Zukunft unserer Kinder investiert. Inzwischen gilt als unstrittig, dass jene Länder bzgl. des Bildungsstands bei Kindern und Jugendlichen gut abschneiden, in denen die kulturelle Bildung neben den traditionellen „Hauptfächern“ eine gleichgestellte Berücksichtigung findet. In verschiedenen Langzeitstudien wurde nachgewiesen, dass intensive Beschäftigung mit Musik auch die kognitive Intelligenz fördert. Man geht sogar noch weiter und erkennt die Notwendigkeit von ästhetischer Bildung für die anstehenden Herausforderungen in unserer Gesellschaft heute und in der Zukunft. Deshalb ist die Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung von „JeKi“ äußerst sinnvoll.

Die vorgeschlagene Maßnahme, den Aufwandsdeckungsgrad um 48.500 € zu steigern, wird nicht funktionieren, wenn nicht gleichzeitig die Personalaufwendungen für „Honorare“ um etwa den gleichen Betrag erhöht werden, wie auch in 2007 geschehen. Denn nur mehr geleistete Unterrichtsstunden bringen mehr Erträge bei Entgelten und Gebühren - sie müssen aber auch zusätzlich finanziert werden. Außerdem gab es in 2007, dem letzten Jahr der Budgetierung, einen Übertrag aus 2006 von über 50.000 €, der das Ergebnis entsprechend beeinflusst hat. Als einzige Maßnahme bliebe nur eine Gebührenerhöhung von über 9%, die aus sozialen Gründen nicht vertretbar wäre. Solch drastische Gebührenerhöhungen führen in der Regel zu einer starken Abmeldequote, die nicht ausgelastete Stundendeputate zur Folge hätte. Das Resultat wären möglicherweise sogar Mindereinnahmen wegen stark sinkender Schülerzahlen. Die Gebühren für die Musikschule bewegen sich im Vergleich mit anderen Musikschulen im Umkreis bereits im oberen Drittel und werden von der Elternvertretung noch gerade mitgetragen. Eine weitere Erhöhung würde aus familienpolitischer Sicht und aus sozialen Gründen nicht mehr mitgetragen.

## Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen Nr. 11, 20, 28 und 91:

Der Rat der Stadt Hilden hat in seiner Sitzung zum 30.01.2008 zum 01.08.08 eine neue Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen beschlossen hat. Neben der sozialen Staffelung durch 7 Bruttojahreseinkommensstufen (von bis 17.500€ bis über 75.000 €) ist ebenfalls die Befreiung vom Kostenbeitrag für Geschwisterkinder vorgesehen. Diese Geschwisterkinderregelung bezieht ebenfalls den Besuch der Offenen Ganztagschule und die Inanspruchnahme von Tagespflege mit ein. Die Elternbeiträge wurden bereits gegenüber denen der alten Satzung zum 01.08.08 gesenkt. Hilden gehört zu den Städten in NRW, die sehr niedrige Beiträge erhebt.

Von 1316 Kindern über 3 Jahren sind nach dem Stand Dezember 2008 21% der Eltern von einem Elternbeitrag befreit und über 40 % liegen mit Ihrem Einkommen bei bis zu 50.000 € im Jahr, wo nach sich ein Beitrag zwischen 18 € und 104 € monatlich ergibt. Bei Kindern unter 3 Jahren sind ca. 15 % der Eltern vom Beitrag befreit und über 46 % liegen mit Ihrem Einkommen bei bis zu 50.000 € im Jahr. Hier ergeben sich Elternbeiträge zwischen 32 € und 187 € monatlich. Die Auswirkungen der einzelnen Anträge sind den jeweiligen Spalten zu entnehmen. Bei den Anträgen der SPD und der CDU bleiben die Veränderungen in den Folgejahren konstant.

Zu dem Antrag der BA-Fraktion sind noch weitere Erläuterungen zu machen:

Bereits heute besuchen fast alle Kinder den Kindergarten über einen Zeitraum von 3 Jahren, was zu einer fast 100 %-igen Versorgungsquote führt. Infolgedessen ist davon auszugehen, dass der Einnahmeausfall bei den Alternativen a) und b) nahezu identisch sein würde. Ein Verzicht auf Beiträge im letzten Kindergartenjahr bzw. im ersten Kindergartenjahr (für die Altersgruppe der 3 – 6jährigen) würde zu einem Einnahmeausfall von ca. 500.000 € führen.

Der unter Alternative c) dargestellte Vorschlag, die Elternbeiträge für den Betreuungszeitraum von 3 Jahren um ein Drittel zu senken, würde ebenfalls zu einem Einnahmeausfall von ca. 500.000 Euro führen aufgrund der o.g. Versorgungsquote.

Bei einem Verzicht auf Elternbeiträgen für ein Kindergartenjahr bzw. bei Senkung der Elternbeiträge um 1/3 ist davon auszugehen, dass über die bereits sehr hohe Nachfragequote für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren bzw. mit Vollendung des dritten Lebensjahres hinaus von einer weiteren Steigerung der Nachfrage nach Betreuungsplätzen sowie eine verstärkte Nachfrage nach 45 Stunden Betreuungszeit zu erwarten ist. Bereits heute liegt der Anteil der 45-Stunden-Betreuung mit ca. 45 % in Hilden erheblich über dem vom Land NRW prognostizierten Anteil ca. 20 - 25 %.

Die unter Ziffer 1 angesprochene Finanzierung der Kindertageseinrichtungen stellt sich wie folgt dar:

<b>Finanzierung</b>	<b>Kirchliche Träger</b>	<b>Andere freie Träger</b>	<b>Elterninitiativen</b>	<b>Kommunale Träger</b>
Anerkennungsfähige Betriebskosten	100 %	100 %	100 %	100 %
Trägeranteil	12 %	9 %	4 %	21 %
Gesetzlicher Betriebskostenzuschuss	88 %	91 %	96 %	79 %
Davon				
Elternbeiträge	19 %	19 %	19 %	19 %
Land	36,5 %	36 %	38,5 %	30 %
Stadt	32,5 %	36 %	38,5 %	30 %

Die Finanzierungsstruktur gemäß KiBiz geht von einem Elternbeitragsaufkommen in Höhe von 19 % der Kindpauschalen aus. Diese Quote wird in Hilden tatsächlich nicht erreicht – derzeit ist von einem Finanzierungsanteil durch Elternbeiträge in Höhe von 14 % auszugehen. Da die o.g. Finanzierungsstruktur jedoch fiktiv 19 % berücksichtigt, ist der Einnahmefall von 5 % bereits seitens der Stadt Hilden zu finanzieren – eine Beteiligung seitens des Landes erfolgt nicht.

Für die Kindertageseinrichtungen der Freien Träger sieht die Finanzierungsstruktur bezogen auf das Haushaltsjahr 2009 wie folgt aus:

## I. Einnahmen

1.1	Elternbeiträge	1.100.000 Euro
1.2	Landeszuweisungen	2.528.630 Euro
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>3.628.630 Euro</b>

## II. Ausgaben

2.1	Gesetzl. Betriebskostenzuschuss	3.355.370 Euro
2.2	Freiwilliger Betriebskostenzuschuss	471.200 Euro
	<b>Gesamtfinanzierungsanteil Stadt</b>	<b>3.826.570 Euro</b>

Die Darstellung der Finanzierung bezieht sich ausschließlich auf den städtischen Finanzierungsanteil für die Kindertageseinrichtungen der Freien Träger. Die auf kommunale Kindertageseinrichtungen entfallenden Einnahmen und Ausgaben sind in den o.g. Beträgen nicht enthalten.

Ergänzend zur Finanzierungsstruktur sind im nachfolgenden noch die Trägeranteile benannt:

Kirchliche Träger	12 %	315.000 Euro
Andere freie Träger	9 %	379.200 Euro
Elterninitiativen	4%	33.100 Euro
Kommunale Träger	21 %	342.000 Euro
<i>(zzgl. Anteil am gesetzlichen Betriebskostenzuschuss)</i>		